



Stadtratssitzung

Donnerstag, 13. Dezember 2012, 17.00 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 20 vom 18. Oktober 2012)	---
2. Verwaltungsrat BERNMOBIL; Wahl für die Amtsdauer 2013 – 2016 (AK: von Greyerz / TVS: Rytz)	---
3. Geschäftsreglement des Stadtrats (Stadtratsreglement; GRSR) vom 12. März 2009; Teilrevision (Umwandlung AKO/Anpassung Bestimmungen Regionalkonferenz betr. Behördenreferendum und –initiative); 2. Lesung (AKO: Gafner)	07.000021_1
4. Dringliche Motion Fraktion FDP (Mario Imhof/Alexander Feuz, FDP): Neue Überdachung Abgang Neuengass-Unterführung (FPI: Hayoz)	12.000327
5. Dringliches Postulat Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour/Aline Tredde, GB): Hallenbad Muubeeri vor dem Abriss? Wie realistisch sind die Sanierungskosten von 36 Millionen? (FPI: Hayoz)	12.000328
6. Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasem, FDP): Tram Bern West – Höhere Tarife für weniger Leistung? (TVS: Rytz)	2012-376
7. Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Rithy Chheng, SP): Abbaupolitik und Leistungskürzungen auf Kosten der Menschen im Westen Berns? (TVS: Rytz)	2012-343
8. Dringliche Interpellation Alexander Feuz und Mario Imhof (FDP): Sperrung der Tellstrasse – Provisorien und Providurien – Verkehrsfragen? Verkehrssicherheit und St. Florian – Was für einen Wert haben Zusagen des rotgrün dominierten Gemeinderates? (TVS: Rytz)	2012-377
9. Kleine Anfrage Fraktion SVPplus (Roland Jakob/Manfred Blaser, SVP): Ideologische Vorstellung in Verkehrsfragen oder weshalb wird die Tellstrasse nicht wieder für den Privat- wie Gewerbeverkehr durchgehend geöffnet?! (TVS: Rytz)	2012-380
10. Motion Fraktion SVPplus (Roland Jakob, SVP): Demokratisches Recht umsetzen! Wegweisung bei unbewilligten Demonstrationen in der Stadt Bern im KgR verankern!; Ablehnung (SUE: Nause)	11.000314
11. Motion Fraktion SVPplus (Rudolf Friedli, SVP): Die Zeit ist reif für einen Entfernungsartikel im Kundgebungsreglement! Strafe für Teilnehmende an unbewilligten Demonstrationen!; Ablehnung (SUE: Nause)	12.000154
12. Motion Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Rahel Ruch, JA!): Überrasse-ner Polizeieinsatz gegen Anti-WEF-Demo vom 21.01.2012 muss von einer unabhängigen Stelle untersucht werden!; Ablehnung (SUE: Nause)	12.000033

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 26	1481
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr	1483
Mitteilungen der Präsidentin	1484
Traktandenliste.....	1486
1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2012.....	1486
2 Verwaltungsrat BERNMOBIL; Wahl für die Amtsdauer 2013-2016.....	1487
4 Dringliche Motion Fraktion FDP (Mario Imhof/Alexander Feuz, FDP): Neue Überdachung Abgang Neuengass-Unterführung.....	1488
5 Dringliches Postulat Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour/Aline Trede, GB): Hallenbad Muubeeri vor dem Abriss? Wie realistisch sind die Sanierungskosten von 36 Millionen?	1491
6 Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasem, FDP): Tram Bern West – Höhere Tarife für weniger Leistung?.....	1495
7 Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Rithy Chheng, SP): Abbaupolitik und Leistungskürzungen auf Kosten der Menschen im Westen Berns?	1502
8 Dringliche Interpellation Alexander Feuz und Mario Imhof (FDP): Sperrung der Tellstrasse – Provisorien und Providurien – Verkehrsfragen? Verkehrssicherheit und St. Florian – Was für einen Wert haben Zusagen des rotgrün dominierten Gemeinderates?	1502
9 Kleine Anfrage Fraktion SVPplus (Roland Jakob/Manfred Blaser, SVP): Ideologische Vorstellung in Verkehrsfragen oder weshalb wird die Tellstrasse nicht wieder für den Privat- wie Gewerbeverkehr durchgehend geöffnet?!	1503
10 Motion Fraktion SVPplus (Roland Jakob, SVP): Demokratisches Recht umsetzen! Wegweisung bei unbewilligten Demonstrationen in der Stadt Bern im KgR verankern!	1504
11 Motion Fraktion SVPplus (Rudolf Friedli, SVP): Die Zeit ist reif für einen Entfernungsartikel im Kundgebungsreglement! Strafe für Teilnehmende an unbewilligten Demonstrationen!	1506
12 Motion Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Rahel Ruch, JA!): Überrissener Polizeieinsatz gegen Anti-WEF-Demo vom 21.01.2012 muss von einer unabhängigen Stelle untersucht werden!.....	1507
Eingänge.....	1511

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Ursula Marti

Anwesend

Peter Ammann	Kurt Hirsbrunner	Halua Pinto de Magalhães
Rania Bahnan Buechi	Mario Imhof	Judith Renner-Bach
Vinzenz Bartlome	Daniel Imthurn	Pascal Rub
Giovanna Battagliero	Ueli Jaisli	Rahel Ruch
Lea Bill	Roland Jakob	Kurt Rügsegger
Manfred Blaser	Stefan Jordi	Hasim Sancar
Rithy Chheng	Dannie Jost	Alexandre Schmidt
Dolores Dana	Daniel Klausner	Martin Schneider
Bernhard Eicher	Philip Kohli	Silvia Schoch-Meyer
Susanne Elsener	Michael Köppli	Miriam Schwarz
Peter Erni	Martin Krebs	Hasim Sönmez
Tania Espinoza	Peter Künzler	David Stampfli
Alexander Feuz	Lea Kusano	Matthias Stürmer
Regula Fischer	Prisca Lanfranchi	Bettina Stüssi
Rudolf Friedli	Annette Lehmann	Luzius Theiler
Jacqueline Gafner Wasem	Edith Leibundgut	Martin Trachsel
Judith Gasser	Daniela Lutz-Beck	Aline Trede
Simon Glauser	Martin Mäder	Gisela Vollmer
Thomas Göttin	Corinne Mathieu	Nicola von Greyerz
Claude Grosjean	Robert Meyer	Peter Wasserfallen
Guglielmo Grossi	Patrizia Mordini	Béatrice Wertli
Beat Gubser	Esther Oester	Manuel C. Widmer
Lukas Gutzwiller	Werner Pauli	Rolf Zbinden
Monika Hächler	Stéphanie Penher	

Entschuldigt

Cristina Anliker-Mansour	Ruedi Keller	Jürg Weder
Sonja Bietenhard	Christine Michel	Christoph Zimmerli
Claudio Fischer	Eveline Neeracher	

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD	Reto Nause SUE	Regula Rytz TVS
Barbara Hayoz FPI	Edith Olibet BSS	

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär	Nik Schnyder, Ratsweibel
Eva Schmid, Protokoll	Margrit Bigler, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadtschreiber

Mitteilungen der Präsidentin

Vorsitzende *Ursula Marti*: Wir haben seitens des Roten Kreuzes einen Dankesbrief für die **gespendeten Sitzungsgelder** im Betrag von 5840 Franken erhalten. Dieser Betrag wird für die Hilfe für die syrischen Flüchtlinge eingesetzt.

Die heutige **Stadtratssitzung** ist die **letzte dieses Jahres** sowie die letzte von mir als Präsidentin geleitete Sitzung. Deshalb möchte ich gleich zu Beginn eine kurze Bilanz über das vergangene Stadtratsjahr ziehen. Ich beginne mit den harten Fakten: Wir haben dieses Jahr 51 Sitzungen durchgeführt. Dies sind sieben Sitzungen bzw. vier Sitzungsabende mehr als letztes Jahr. Wir haben insgesamt 436 Geschäfte behandelt. Die für heute traktandierten Geschäfte habe ich optimistischerweise eingerechnet. Es handelt sich um praktisch gleich viele Geschäfte wie letztes Jahr mit 433 Geschäften. Demzufolge ist der Output gleich geblieben, wobei wir weniger schnell waren. Pro Geschäft haben wir im Durchschnitt 14,5 Minuten gebraucht. Letztes Jahr waren es im Durchschnitt 12,5 Minuten. Diese Rechnung ist etwas über das Knie geschlagen, das gebe ich zu. Einerseits ist der Stadtrat offenbar diskussionsfreudiger geworden, andererseits ist die Zunahme auch in der Art der Geschäfte begründet. Wir haben deutlich mehr Sachgeschäfte des Gemeinderats behandelt als letztes Jahr, nämlich 71 gegenüber 61. Diese nehmen natürlich mehr Zeit in Anspruch als Vorstösse. Auch befanden sich einige Reglemente darunter, zu welchen wir oftmals zwei Lesungen durchgeführt haben. Nebst den erwähnten 71 Gemeinderatsgeschäften haben wir 44 Stadtratssachgeschäfte, 93 Motionen, 24 Postulate, 72 Interpellationen und 67 Kleine Anfragen, 12 Abschreibungen, 5 Prüfungsberichte und 40 Fristverlängerungen behandelt. Ein interessanter Punkt ist jeweils, wie viele neue Vorstösse eingereicht wurden. Diesbezüglich haben wir im Jahr 2012 deutlich zugelegt. Die heutigen Vorstösse sind noch nicht eingerechnet. Insofern sind wir gespannt, was am letzten Sitzungstag noch kommen wird. Es sind bisher 295 bzw. rund 300 Vorstösse. Letztes Jahr waren es 262. Ich erlaube mir, diese Zahlen kurz zu kommentieren. Das Jahr 2011 war das erste Jahr mit dem zweiwöchentlichen Sitzungsrythmus. Dieser hat funktioniert. Die Fraktionen haben sich sichtlich bemüht, haushälterisch mit der wertvollen Sitzungszeit umzugehen. Das ist logisch, zumal sich fast alle für den Rhythmuswechsel ausgesprochen haben und gewillt waren zu beweisen, dass dieser funktioniert. Die Pendenzenlast konnte während des letzten Jahres im Rahmen behalten werden. Ich habe den Eindruck, dass diese Sensibilität im Verlauf dieses Jahres etwas vergessen ging. Die alten Muster nahmen wieder Überhand, wobei ich betonen möchte, dass dies nicht bei allen, sondern bei einigen der Fall war. Agreements unter den Fraktionen, sich in der Regel auf die Fraktionserklärungen zu beschränken und auf Einzelvoten zu verzichten oder sich auch bei Interpellationen auf eine kurze Erklärung zu beschränken, wurden oft nicht eingehalten. Auch die guten Vorsätze und Beteuerungen, weniger Vorstösse einzureichen, gingen leider vergessen. So wurde die Wartezeit für die Behandlung traktandierungsbereiter Vorstösse zunehmend länger. Im Moment dauert sie sechs bis sieben Monate. Natürlich kann man einwenden, dass das Jahr 2012 als Wahljahr eine Ausnahme war und dass wegen dreier abtretender Gemeinderatsmitglieder besonders viele Sachgeschäfte angefallen sind. Kurz zu den weichen Faktoren: Ich bin seit sieben Jahren im Stadtrat. Das Jahr 2012 habe ich als vergleichsweise sehr angenehm, sachlich und konstruktiv erlebt. Wir haben intensiv gearbeitet und viele komplexe und wichtige zukunftsweisende Projekte beraten. Ich habe viele spannende Diskussionen im Rat gehört und sehr kompetente Kommissionen, insbesondere eine sehr kompetente Finanzdelegation, erlebt. Ich habe auch viel Kollegialität und Zusammenarbeit auch über die Parteigrenzen hinweg wahrgenommen. Die an sich positive Kollegialität hatte einen negativen Nebeneffekt: Weil man sich so viel zu erzählen hatte, wurde es manchmal etwas laut im Saal. Umgekehrt

bin ich nicht der Meinung, dass alle Ratsmitglieder immer „mucksmäuschenstill“ und brav auf ihrem Platz verharren sollten. Der Stadtrat ist für mich auch etwas Lebendiges. Ich gebe gerne zu, dass ich dieses Jahr als Präsidentin genossen habe. Auch die repräsentativen Aufgaben habe ich gerne übernommen, wenngleich sie viel Zeit in Anspruch genommen haben. Besonders Spass gemacht hat mir der Austausch über die Gemeindegrenze hinweg. Dies auch, weil ich der festen Meinung bin, dass die Parlamente eine wichtige Rolle spielen können und sollen beim Zusammenwachsen unserer „Stadtregion Bern“, welches eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit ist. Zum Schluss möchte ich als erstes Ihnen, meinen Ratskolleginnen und Ratskollegen danken. Ich habe mich immer akzeptiert und getragen gefühlt, auch wenn es ab und zu Meinungsverschiedenheiten gegeben hat. Ich glaube, diese liegen in der Natur der Sache. Manchmal habe ich mich hier oben wie eine Fussballschiedsrichterin gefühlt. Man muss rasch entscheiden, ob und wie man eingreift. Betrachtet man die Situation im Nachhinein im Zeitlupentempo, merkt man vielleicht, dass man etwas übersehen oder überhört hat. Wann immer ich in diesem Jahr jemandem nicht gerecht worden bin, bitte ich um Verständnis. Ein sehr grosser Dank geht an Ratssekretär Daniel Weber und an die stellvertretende Ratssekretärin Ladina Kirchen für ihre engagierte und kompetente Unterstützung während der Sitzungen. Ich danke auch dem Vizepräsidenten, den Gemeinderatsmitgliedern und der Stadtkanzlei für die gute Zusammenarbeit. Ein ganz besonderer Dank gilt all jenen, die im Hintergrund mitarbeiten und für ein reibungsloses Funktionieren des Ratsbetriebs sorgen. Vielen Dank! Wie gesagt, findet für mich heute die letzte von mir geleitete Sitzung statt. Für einen Teil von Ihnen handelt es sich um die letzte Stadtratssitzung überhaupt. Heute heisst es, nach zum Teil vielen Jahren Einsatz als Stadträtin oder als Stadtrat, Abschied zu nehmen. Das ist sicher ein besonderer Moment für Sie. Ich möchte Ihnen allen, die heute die letzte Sitzung verbringen, im Namen des ganzen Stadtrats für Ihre Arbeit, aber auch für Ihre Kollegialität und für die gemeinsame Zeit danken. Für die Zeit nach dem Stadtrat wünsche ich Ihnen alles Gute. Geniessen Sie die frei werdende Zeit. Sollten Sie am Donnerstagabend einmal Langeweile haben, dann wissen Sie, dass man bei uns zuschauen kann. Das würde uns freuen. In diesen Dank und in diese guten Wünsche sind auch die zwei anwesenden Gemeinderatsmitglieder, die heute zum letzten Mal da sind die und während vieler Jahre eine wichtige Arbeit geleistet haben, eingeschlossen. Ich danke auch Ihnen herzlich für die gute Zusammenarbeit.

Auf die heutige Sitzung hin ist das **Rücktrittsschreiben** von Hasim Sancar eingetroffen. Er wurde als Stadtrat wiedergewählt, tritt aber sein Amt nicht an, weil er in den Grossen Rat nachrutschen kann. Ich verlese das Rücktrittsschreiben: „Geschätzte Ratspräsidentin, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Ratskolleginnen und Anwesende. Die Sitzungstermine der Fraktion, die ich als Serientermine bis 2029 elektronisch eingetragen hatte, sind gelöscht. Es ist Zeit zu emigrieren, doch zum Glück nicht wie vor 30 Jahren eine Zwangsmigration: nein, dieses Mal ist es arrangiert!

Ich habe während acht Jahren im Stadtparlament und in der Aufsichtskommission mit euch intensiv politisiert. Es gab zahlreiche interessante Auseinandersetzungen, Erfolge und Niederlagen auch für uns, das ist es ja auch, was die politische Parlamentskultur ausmacht. Auch die Begegnungen und die Zusammenarbeit mit den GemeinderätInnen, den Angestellten der Verwaltung, des Ratssekretariats und der Stadtkanzlei waren interessant, fruchtbar und konstruktiv. Der rege Austausch mit Personen verschiedenster Couleur und unterschiedlichen Funktionen und Hintergründen hat mich fasziniert, ich habe von all diesen Tätigkeiten und Begegnungen viel gelernt und wenn immer möglich erworbenes Wissen zurück- und weitergegeben.

Die Arbeit in der Aufsichtskommission war besonders spannend. Zu vielen Themen hatten wir harte, aber faire politische Auseinandersetzungen, nach den Sitzungen kam dann aber doch eine friedliche Stimmung auf. Und das ist wichtig. Denn wer in der Politik nicht Frieden ma-

chen kann, soll gar nicht streiten! Ich habe mit einer Ausnahme mit allen AK-Mitgliedern gerne und gut gearbeitet, auch wenn die politischen Differenzen gross waren. Natürlich ist es schade, dass es auch zu Indiskretionen kam, die weder dem politischen Klima noch der städtischen Politik zuträglich waren, sondern vor allem der Kommissionsarbeit schaden und ihre Wirksamkeit beeinträchtigen. Ich rate den Fraktionen auch heute, dass sie ihre Mitglieder, die sie in die Kommissionen schicken, auf die Bedeutung von Vertrauen, Verlässlichkeit und Zusammenarbeit hinweisen. Indiskretionen sind schädlich – unabhängig davon, aus welchem politischen Lager sie kommen.

Wir leben in einer der sichersten Städte mit höchster Lebensqualität. Darüber können wir uns freuen. Ich wünsche mir aber, dass wir nicht vergessen, dass auch in der reichen Schweiz und in der Stadt Bern benachteiligte und von Armut betroffene Menschen leben, zu denen wir Sorge tragen müssen. Soziale Gerechtigkeit und ökologisches Gleichgewicht sind schliesslich die Basis für eine hohe Lebensqualität für alle. Damit meine ich auch die Gleichstellung, die Förderung von Frauen in den Chefetagen und natürlich die Lohngleichheit. Wir müssen Sorge tragen zur Gesellschaft, damit eine grosse Vielfalt von möglichen Lebensweisen ihren Raum hat, damit möglichst alle Mitbewohnerinnen und Mitbewohner sich politisch beteiligen können, und wir müssen wachsam sein, um nicht dem fast allmächtigen Verständnis von Standortvorteil zu unterliegen, das Wachstum und Profit ins Zentrum stellt. Unser Standortvorteil ist ein anderer, er liegt in Bildung, sozialer Sicherheit, in nachhaltiger Stadtentwicklung, und dazu schauen wir.

Heute ist meine letzte Stadtratssitzung. Im Januar sitze ich bereits in der Grossratssession. Ich hoffe, dass ich keine Entzugserscheinungen habe, wenn ich nur noch über die Medien von der Morgenstrasse höre und die Reitschule nicht mehr als politischen Zankapfel im Rat, sondern halt vor allem vor Ort erlebe. Der Kampf bei den Sparmassnahmen, die harten Budgetdebatten werden dort aber weitergehen und ich werde dort aus der Minderheitsposition politisieren, eine spannende und aufreibende Herausforderung. Ich freue mich darauf.

Ich danke allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, Stadratsmitgliedern, Angestellten der Verwaltung, dem Ratssekretariat und der Stadtkanzlei für die gute Zusammenarbeit und für die vielen spannenden Auseinandersetzungen. Ich möchte meiner Fraktion für die gemeinsame Zeit, die gegenseitige Unterstützung und die internen Diskussionen, die uns gestärkt haben, meinen besonderen Dank aussprechen. Ich wünsche euch allen viel Parlieren, wenig Zusatzsitzungen und vor allem gute Gesundheit.“

Hasim Sancar, ich danke Ihnen für Ihre Arbeit im Stadtrat, welche als Fraktionspräsident besonders intensiv war und wünsche Ihnen alles Gute.

Traktandenliste

1. Das Geschäft von Traktandum 3 wurde vom Stadtrat im Rahmen der 1. Lesung am 29. November 2012 behandelt und verabschiedet. Eine weitere Geschäftsbehandlung ist damit obsolet.
2. Die Diskussion wird bei den Traktanden Nr. 6 und 7 sowie bei den Traktanden Nr. 10 und 11 zusammengeführt.

2012.SR.000013

1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2012

Der Stadtrat genehmigt Protokoll Nr. 20 vom 18. Oktober 2012.

2012.SR.000289

2 Verwaltungsrat BERNMOBIL; Wahl für die Amtsdauer 2013-2016

2012-313 / 12/353

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Antrag des Gemeinderats betreffend Verwaltungsrat BERNMOBIL: Wahl für die Amtsdauer 2013-2016.
2. Er wählt als Mitglieder des Verwaltungsrats BERNMOBIL für die Amtsdauer 2013-2016:
 - *Bisher:* Erb Christoph, Fürsprecher, Direktor KMU Kanton Bern, Lorbeerstrasse 6, 3018 Bern, seit 2012;
 - *Bisher:* Roder Theres, Betriebswirtschafterin, ehem. Mitglied Geschäftsleitung Wander AG Bern und Novartis Consumer Health Bern AG, Hübeliweg 4, 3074 Muri, seit 1998;
 - *Bisher:* Schaerer Barbara, Dr. iur., Fürsprecherin, LL.M., Direktorin des Eidgenössischen Personalamtes, Jägerstrasse 23, 3074 Muri, seit 2004;
 - *Bisher:* Schärrier Georg, Architekt ETH, Brunnadernstrasse 91 a, 3006 Bern (Vertreter der Arbeitnehmerschaft), seit 2000;
 - *Bisher:* Sedlmayer Katrin, Gemeinderätin in Köniz, Direktorin für Planung und Verkehr, Buschweg 4, 3097 Liebfeld (Vertreterin der Nachbargemeinden); seit 2007;
 - *Bisher:* Direktorin/Direktor für Finanzen, Personal und Informatik.

Bern, 21. November 2012

AK-Referentin *Nicola von Greyerz*: Ich sage nicht viel zu diesem Traktandum, zumal wir letzte Woche das gleiche Geschäft in oranger Farbe – betreffend ewb – behandelt haben. Heute haben wir das gleiche Geschäft in rot betreffend BERNMOBIL. Es geht um die Gesamterneuerung des Verwaltungsrats. Die Eignerstrategie schreibt vor, dass zwei Gemeinderatsmitglieder Einsitz haben sollen. Die AK ist der Meinung, dies beizubehalten. Wir wissen seit gestern, dass es von Amtes wegen Ursula Wyss als Direktorin TVS als Präsidentin und Alexandre Schmidt als normales Mitglied sein werden. Die AK dankt allen Verwaltungsratsmitgliedern herzlich für ihre in den letzten Jahren geleistete Arbeit und empfiehlt, den Verwaltungsrat in globo wiederzuwählen. Es handelt sich um den erst im letzten August gewählten Christoph Erb für den leider verstorbenen Christoph Stalder sowie um Theres Roder, Barbara Schaerer, Georg Schärrier und um Katrin Sedlmayer.

Nicola von Greyerz (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt diese Wahl. Trotzdem möchten wir erwähnen, dass bei einer nächsten Wahl eines neuen Verwaltungsratsmitgliedes darauf geachtet werden sollte, dass diese Person in der Stadt Bern wohnhaft ist.

Beschluss

Der Stadtrat wählt ohne Gegenstimmen bei 3 Enthaltungen als Mitglieder des Verwaltungsrats Bernmobil für die Amtsdauer 2013 – 2016:

- Erb Christoph, Fürsprecher, Direktor KMU Kanton Bern, Lorbeerstrasse 6, 3018 Bern, seit 2012;
- Roder Theres, Betriebswirtschafterin, ehem. Mitglied Geschäftsleitung Wander AG Bern und Novartis Consumer Health Bern AG, Hübeliweg 4, 3074 Muri, seit 1998;
- Schaerer Barbara, Dr. iur., Fürsprecherin, LL.M., Direktorin des Eidgenössischen Personalamtes, Jägerstrasse 23, 3074 Muri, seit 2004;

- Schärker Georg, Architekt ETH, Brunnadernstrasse 91 a, 3006 Bern (Vertreter der Arbeitnehmerschaft), seit 2000;
- Sedlmayer Katrin, Gemeinderätin in Köniz, Direktorin für Planung und Verkehr, Buschweg 4, 3097 Liebfeld (Vertreterin der Nachbargemeinden); seit 2007;
- Schmidt Alexandre, Direktor für Finanzen, Personal und Informatik.

Vorsitzende *Ursula Marti*: Ich gratuliere den wiedergewählten Verwaltungsratsmitgliedern BERNMOBIL und wünsche Ihnen alles Gute für die neue Amtsdauer.

- Das Geschäft „Teilrevision Geschäftsreglement“ von Traktandum 3 wurde vom Stadtrat im Rahmen der 1. Lesung am 29. November 2012 behandelt und verabschiedet. Eine weitere Geschäftsbehandlung ist damit obsolet. -

2012.SR.000301

4 Dringliche Motion Fraktion FDP (Mario Imhof/Alexander Feuz, FDP): Neue Überdachung Abgang Neuengass-Unterführung

12.000327 / 12/331

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion abzulehnen.

Bern, 21. November 2012

Motionär *Mario Imhof* (FDP): Ich spreche nicht zum ersten Mal zu diesem Thema. Mir ging es immer um die Sicherheit der Leute in der Stadt Bern und darum, dass es anständige Ein- und Ausgänge aus dem Bahnhof hat. Mit der Erhaltung des alten Dachs hat es nicht geklappt. Der Stadtrat war zwar der Meinung, dass dieses nicht abgebrochen werden soll. Der Gemeinderat bzw. die Verwaltung respektiert vom Stadtrat gefasste Beschlüsse ohnehin nicht. Das hat mich dazu bewogen, eine Motion einzureichen, wonach eine neue Planung für ein neues Dach stehen soll, wenn das aktuelle Dach abgerissen wird. Es wird ohnehin so kommen; sie werden es alle sehen. Der Vergleich mit dem Zürcher Bahnhof zeigt, dass dort drei Meter breite Ausgänge zur Bahnhofstrasse bestehen. Dies sind Nebenausgänge. Was die Neuengasse anbelangt, so sprechen wir von einem Hauptausgang, der von mehreren Tausend Leuten frequentiert wird. Der Vergleich mit den Zürcher Bahnhofsausgängen ist ebenso wenig zulässig wie der Vergleich von Zürich und Bern als Städte. Die Stadt Zürich hat keine Lauben. Allenfalls könnte man in Bern die Lauben auf Anweisung des Denkmalpflegers wegen der Sichtachse entfernen. Die Sichtachse hat mich ohnehin gestört. Wenn ich beim Ausgang Neuengasse stehe, verläuft die Sichtachse auf die andere Strassenseite zum „Brezelkönig“ am Bahnhof. Ich finde es super, dass deswegen kein Dach gebaut wird. Ich bin mit der Antwort des Gemeinderats überhaupt nicht zufrieden. Sie ist eine Respektlosigkeit gegenüber dem Parlament, von welchem ich annehme, dass es den Bau des Dachs heute beschliessen wird. Falls wir diesen Beschluss nicht fassen, weiss ich auch nicht mehr weiter.

Fraktionserklärungen

Judith Renner-Bach (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Die BDP/CVP-Fraktion ist sich sehr wohl bewusst, dass diese Motion Richtliniencharakter hat. Sie weiss auch, dass die laufenden Bauarbeiten mit diesem Vorstoss tangiert werden. Aber: Der Motionär fordert einen ästhetisch befriedigenden Wetterschutz und verweist auf den Unterhalt der nicht geschützten Rolltreppe. Die Antwort des Gemeinderats ist alles andere als befriedigend. Sie geht weder auf die Kos-

ten noch auf die Auswirkungen von Eis, Schnee und Regen ein. Der Verweis auf die Verhältnisse in Zürich ist mehr als billig. Deshalb wird unsere Fraktion die Motion trotz ihres Richtliniencharakters und trotz laufender Arbeiten unterstützen.

Manfred Blaser (SVP) für die Fraktion SVPplus: Der Bahnhof wurde in den 1970er-Jahren gebaut. Ich war einer derjenigen, die die Überdachungskonstruktion bestellt haben. Zu jener Zeit brachte man eine relativ knappe Überdachung an. Zu einem späteren Zeitpunkt sprach man sich für eine bessere Abdeckung, für mehr Platz auf der Seite und für die Gewährleistung der Sicherheit aus. So wurde die erste Überdachung demontiert und eine neue angebracht. Verschiedene Leute sind sich wohl der Gefahren nicht bewusst. Ich frage mich auch, wer die Verantwortung übernimmt, wenn Leute der Witterung ausgesetzt sind, wenn sie sich aus dem Bahnhof hinaus oder in diesen hinein bewegen. Es ist sehr gefährlich, mit nassen Schuhen auf das Gitter einer Rolltreppe zu treten. Noch schlimmer ist es, wenn man eine nasse Treppe hinunter geht, gar nicht davon zu sprechen, dass die Treppe noch mit Schnee bedeckt sein könnte. Ich kann mir nicht wirklich vorstellen, wer die Verantwortung übernehmen wird, wenn etwas passiert. Ich möchte Sie alle animieren, solche Dinge besser anzuschauen und einen Weg zu suchen, so dass eine Überdachung erstellt werden kann. Ich erachte es – auch für unsere Besucher – nicht als anständig, wenn sie nach ihrer Ankunft den Bahnhof nicht in trockenem Zustand verlassen können. Die SVPplus-Fraktion unterstützt die Motion und macht auf die Frage aufmerksam, wer bei Unfällen zur Verantwortung gezogen wird.

Daniel Klausner (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Meinungen sind beim Gemeinderat und beim Stadtrat gemacht. Der Stadtrat möchte ein Dach – der Gemeinderat möchte keines. Der Gemeinderat hält an seiner Position fest. Ich glaube, dass auch der Stadtrat an seiner Position festhält. Städtebauliche Argumente sind schön und gut. Die Funktionalität darf aber nicht hinter den städtebaulichen Argumenten zurückstehen. Deshalb ist die GFL/EVP-Fraktion nach wie vor der Meinung, dass es aus funktionellen Gründen eines Wetterschutzes bedarf. Wir unterstützen die Motion.

Judith Gasser (GB) für die Fraktion GB/JA!: Bei diesem Dach handelt sich um eine leidige Geschichte. Wir haben lange darüber diskutiert, weil wir nicht mehr richtig wissen, was damit anzufangen ist. Grundsätzlich haben wir uns immer für das Dach ausgesprochen und fänden es eine gute Sache. Langsam verstehen wir das Vorgehen nicht mehr. Wir finden die Argumentation des Gemeinderats, welche sich auf die Ästhetik und auf die städtebaulichen Argumente beschränkt, ziemlich dürftig. Wenn schon, könnte man auch finanziell argumentieren. Insofern wäre es günstiger, kein Dach zu bauen. Wir haben den Eindruck, dass jetzt aufgeräumt werden soll und dies nicht unbedingt nur städtebaulich, so dass man die Strassenflucht sieht, sondern vor allem auch mit den Randständigen, die sich dort aufhalten sowie mit den Velos. Dagegen sträuben wir uns. Andererseits können wir den Vorstoss nicht ganz nachvollziehen, zumal es der FDP kaum um die Leute gehen dürfte, die sich dort aufhalten. Die Argumentation, wonach es an der Sicherheit mangle, können wir auch nicht ganz nachvollziehen. In den westlichen Städten funktioniert jede Metrostation ohne Bedachung des Ein- und des Ausgangs. Insofern kann der Unterhalt kein Problem sein. Zudem kann es kaum ein Problem sein, ob man fünf Meter weiter vorne oder weiter hinten im Regen steht, wenn man den Ausgang benutzt. Irgendwann ist man sowieso dem Regen ausgesetzt. Deshalb verstehen wir die Motivation des Vorstosses nicht wirklich. Noch mehr Anlass zur Verwirrung gab die Tatsache, dass es überhaupt keine Rolle spielt, ob wir die Motion ablehnen oder annehmen. Das Dach wird unserer Meinung nach ohnehin nicht gebaut werden. Eine Richtlinienmotion nach der anderen einzureichen, ist nicht sehr elegant. Eine Mehrheit unserer Fraktion wird die Mo-

tion unterstützen, weil wir grundsätzlich für das Dach sind. Es wird aber auch Leute geben, die sich der Stimme enthalten.

Vorsitzende *Ursula Marti*: Ich bitte Sie um mehr Ruhe im Ratssaal.

Claude Grosjean (GLP) für die Fraktion GLP: Nun muss ich mich doch noch äussern, weil es aussieht, als sei die GLP-Fraktion in der Minderheit. Wir sprechen uns gegen das Dach aus. Wir gewichten die städtebaulichen Argumente sehr wohl. Mit einem Ausgang mit Dach würde die klassische Ausfallachse ins Bollwerk geschlossen, was sehr abgeschlossen wirkt und den Graben, welcher das Bollwerk bildet, zusätzlich verstärkt. Dieser ist heute mit einer vierspürigen Strasse kaum vermeidbar. Baut man einen Ausgang mit Dach, wird diese Sackgasse optisch untermauert. Deshalb sagen wir klar Nein zur Motion. Es gibt verschiedenorts klassische Abgänge. Natürlich müssen diese sicherheitsmässig in den Griff bekommen werden. Sie haben gehört, dass es auch beim heutigen Dach seitlich hineingeregnet hat. Wenn es kalt war, war die Treppe sowieso mit Schnee und Eis belegt. Diese Probleme bestehen sowohl mit als auch ohne Dach. Für uns ist die Argumentation wichtig, dass es städtebaulich nicht richtig ist, ein Dach hineinzquetschen. Wir lehnen die Motion ab.

Martin Krebs (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Das einzig Positive an dieser Geschichte ist, dass wir nicht mehr nach New York, Paris oder London reisen müssen, damit es uns, wenn wir in den Bahnhof hineingehen wollen, auf den Kopf regnet. Was hier passiert ist, ist ein Blödsinn. Es wurde ein „Fait accompli“ geschaffen. Wir werden uns der Stimme enthalten. Besonders beschämend an dieser Geschichte ist, dass ein Teil der raren Veloabstellplätze in Bahnhofsnähe verschwindet und der Gemeinderat nicht in der Lage war aufzuzeigen, wo diese ersetzt werden.

Motionär *Alexander Feuz* (FDP): Folgender Punkt ist mir wichtig: Wenn man stürzt, dann stürzt man nicht als Linker oder als Rechter, sondern weil es eisig ist und weil es auf die Rolltreppe regnet und schneit. Für mich ist klar, dass es eines Wetterschutzes bedarf. Dieser kann ästhetisch befriedigend erstellt werden. Im Bereich Bubenberglplatz/Spitalgasse haben wir einen Baldachin. Ich bin der Meinung, dass auch beim Ausgang Neuengasse ein solcher erstellt werden sollte. Bedenken Sie, dass die Stadt als Grundeigentümerin haftet. Sie haben jetzt gesehen, wie beeinträchtigend die Wetterverhältnisse am Morgen früh und am Abend spät sind. Wenn kein guter Unterhalt gewährleistet wird, riskieren wir, dass Leute verunfallen. Der Entscheid des Parlaments ist – auch wenn es sich um eine Richtlinienmotion handelt – zu akzeptieren. Ich bitte Sie, der Motion zuzustimmen.

Vorsitzende *Ursula Marti*: Frau Gemeinderätin Hayoz verzichtet auf ein Votum.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich (43 Ja, 5 Nein, 16 Enthaltungen). *Abst.Nr. 002*

Abstimmungsnummer: 13.12.2012-17:33 - 002

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 5 Enthaltungen: 16 Abwesend: 15 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bahnan Büechi, Bartlome, Bill, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer R, Friedli, Gafner, Wasem, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Jaisli, Jakob, Jordi, Klauser, Kohli, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Oester, Pauli, Rub, Ruch, Rügsegger, Sancar, Schmidt, Schneider, Stürmer, Theiler, Trachsel, Trede, Wertli, Widmer, Zbinden

Nein gestimmt haben: Grosjean, Imthurn, Köpfl, Vollmer, von Greyerz

Der Stimme enthalten sich: Battagliero, Chheng, Gasser, Göttin, Grossi, Hächler, Krebs, Kusano, Lehmann, Mathieu, Penher, Pinto, Renner-Bach, Schoch-Meyer, Schwarz, Stampfli

Abwesend sind: Ammann, Anliker-Mansour, Bietenhard, Fischer C, Glauser, Jost, Keller, Michel, Mordini, Neeracher, Sönmez, Stüssi, Wasserfallen, Weder, Zimmerli

2012.SR.000302

**5 Dringliches Postulat Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour/Aline Trede, GB):
Hallenbad Muubeeri vor dem Abriss? Wie realistisch sind die Sanierungskosten
von 36 Millionen?**

12.000328 / 12/332

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Dringliche Postulat abzulehnen.

Bern, 5. Dezember 2012

Postulantin *Aline Trede* (GB): Das „Muubeeri-Bad“ scheidet die Geister und vereint verschiedene politische Couleurs. Es ist klar, dass dieses sehr emotional behaftet ist und dass viele Leute, die seit Jahren im „Muubeeri“ schwimmen gehen, um das Bad kämpfen werden. Ich habe zum Beispiel den Schulschwimmunterricht im „Muubeeri“ gehabt, welchen ich in guter Erinnerung habe. Heute findet dieser aufgrund der längst durchgesetzten Sparmassnahmen ohnehin nicht mehr statt. Ob man das Bad retten kann oder will – diese Frage steht heute nicht zur Diskussion. Eine Entscheidung kann allerdings nur auf einer guten Grundlage gefällt werden. Diese Grundlage fehlt. Der Gemeinderat hat zuerst gesagt, es sei ohnehin auch wegen des Denkmalschutzes usw. zu teuer. Jetzt versteckt er sich hinter dem neuen Projekt, der 50-Meter-Schwimmhalle, welche auf dem Gaswerkareal realisiert werden soll. Es geht mir nicht darum, dieses Projekt zu kritisieren. Man darf dieses aber nicht gegen das „Muubeeri“ ausspielen, weil in der Stadt Bern allgemein zu wenig Wasserfläche vorhanden ist. Es ist nicht klug, das „Muubeeri“ im Sog des Gaswerkareal-Hallenbads fallen zu lassen. Der Widerstand ist da und wird wachsen. Es sollte taktisch klüger vorgegangen werden. Der Gemeinderat sagt in der Antwort auf unser Postulat, er werde die Fragen mit der Beantwortung anderer Vorstösse klären. Weshalb spricht sich der Gemeinderat gegen das Postulat aus? Das ist nicht logisch. Die Kosten hat der Gemeinderat schon 4 Mio. Franken nach unten korrigiert. Am Anfang hat er von 36 Mio. Franken gesprochen; jetzt sind es noch 32 Mio. Franken. Wenn ich mit drei weiteren Vorstössen nachfrage, dann wird es jedes Mal billiger, bis wir das Bad so billig haben, wie wir es wollen. Das zeigt, dass der Gemeinderat keine Ahnung hat und das alles „Handgelenk mal Pi“ gerechnet wird. Der Gemeinderat will gar nicht genauer rechnen. Im Moment liegen wir bei den Kosten immer noch fast so hoch wie das Hallenbad City in Zürich. Ich weiss nicht, ob Sie dieses Bad kennen. Es ist allerdings nicht mit dem kleinen „Muubeeri“-Bad vergleichbar. Die Argumente, man könne nicht so einfach hinfahren, um zu bauen, das Gebäude stehe unter Denkmalschutz, sei kleiner und enger, zählen nicht. Das Bad in Zürich ist mit einer doppelten Fläche doppelt so gross und hat 40 Mio. Franken gekostet. Die Abrechnung liegt vor. Solange wir vom Gemeinderat solche Antworten erhalten, werden wir uns für eine richtige und gute Grundlage einsetzen, aufgrund welcher wir wirklich davon ausgehen können, dass die Zahlen einigermaßen stimmen. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat anzunehmen.

Fraktionserklärungen

Judith Renner-Bach (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Aline Trede hat Recht: Das „Muubeeri“ ist ein Thema, welches die Geister scheidet. Auch unsere Fraktion ist zu keiner einstimmigen Meinung gelangt. Letztlich kann ich sagen, dass unsere Fraktion das Postulat mehrheitlich ablehnt. Wir sind der Auffassung, dass man mit einem telefonischen oder mit einem persönlichen Kontakt mit der Verwaltung genügend Informationen erhalten hätte, um sich die Fragen beantworten zu lassen. Der Gemeinderat war nicht untätig. Im Übrigen zeigt die Antwort des

Gemeinderats einmal mehr, dass das „Muubeeri“ betriebswirtschaftlich nicht sinnvoll saniert und weiter genutzt werden kann. Externe Expertinnen und Experten können diesbezüglich keine neuen Erkenntnisse bringen. Sie müssen endlich loslassen können. Die Zeit und die Mittel der Stadt investieren wir besser in die Planung einer neuen 50-Meter-Schwimmhalle.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP) für die Fraktion FDP: Weil Aline Trede die ganzen Argumente, welche ich hier auch vortragen wollte, bereits ausgeführt hat, kann ich mich relativ kurz fassen. Beim Metzger heisst es jeweils: „Darf es ein bisschen mehr sein?“. Die Variante des Gemeinderats lautet: „Darf es ein bisschen weniger sein?“. Wenn man sieht, dass alleine durch eine so genannte Plausibilisierung der ersten Kostenschätzung Minderkosten von über 4 Mio. Franken entstanden sind und man weiter sieht, dass die Kosten pro Quadratmeter Gebäudefläche im Fall des „Muubeeri“ fast doppelt so hoch ausfallen sollen wie bei der Sanierung des Zürcher Hallenbads, dann fehlt einem schlicht der Glaube daran, dass der Gemeinderat weiss, wovon er spricht. Denn unter den übrigen noch hängigen Vorstössen befindet sich auch ein Postulat der FDP-Fraktion, welches mit einer grossen Mehrheit überwiesen wurde und welches möchte, dass die Liegenschaft Privaten überlassen wird, mit der Verpflichtung, das Hallenbad weiterzuführen. Die Stadt soll sich doch bitte auf das konzentrieren, was sie effektiv kann. Hier kann sie es offenbar nicht. Auch das Argument des 50-Meter-Schwimmbades auf dem Gaswerkareal entkräftet die bereits genannten Argumente nicht. Es steht nämlich noch nirgends geschrieben, dass ein entsprechendes Schwimmbecken an diesem Standort zustande kommen wird. Aline Trede hat es gesagt: Der Widerstand ist am Wachsen, und er wird noch weiter wachsen, bis die Sache wirklich spruchreif ist. Aus diesem Grund wird die FDP-Fraktion dem Postulat einstimmig zustimmen.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Was das Hallenbad „Muubeeri“ anbelangt, ist es doch etwas tragisch: Der Gemeinderat versteckt sich hinter einer Grobkostenschätzung von 36 Mio. Franken bzw. neuerdings, wie bereits erwähnt, von nur noch 32 Mio. Franken. Wir haben die Grobkostenschätzung mit Ingenieuren einer Firma, welche viele Bäder in der Schweiz baut, angeschaut und sind auf einen Kostenpunkt von rund 12-15 Mio. Franken für die Sanierung gekommen. Die vom Gemeinderat präsentierte Grobkostenschätzung hat weder Hand noch Fuss. Die Positionen – zum Beispiel Position 2 „Gebäude/Baukostenplan“, mit einem Quadratmeterpreis von 4314 Franken – sind so überhaupt nicht möglich. Weiter haben wir unter Position 3 „Betriebseinrichtungen“ die Filteranlagen, den technischen Bereich mit der Lüftung usw. Hier wird ein Betrag von rund 8 Mio. Franken ausgewiesen. Diese Zahlen halten einer Überprüfung nicht stand. Man kommt höchstens auf 3-4 Mio. Franken, was dem benötigten Ausmass entspricht. Ich finde es schade, dass den Leuten vorgegaukelt wird, das Bad müsse geschlossen werden, weil die Sanierungskosten viel zu hoch seien. Das ist ein fertiger Humbug. Ich glaube, wir sollten die Realität sehen. Wir verfügen über viel zu wenige Wasserflächen in Bern, weshalb wir das „Muubeeri“ brauchen. Auch wir haben nichts gegen das 50-Meter-Sportbecken. Wir benötigen dieses dringend. Die Wassersportarten haben während der letzten 20 Jahre stark zugenommen. Es gibt Aqua-Jogging sowie andere im Wasser betriebene Sportarten, welche es vor 30 Jahren noch nicht gab. Damals wurde Wasserspringen und Schwimmen betrieben. Der Bedarf ist viel grösser geworden. Diesem muss man gerecht werden. Der Gemeinderat hat auch die Aufgabe, der Volksgesundheit Nachachtung zu verschaffen. Er hat die nötigen Anlagen zur Verfügung zu stellen, das nötige Geld zu sprechen und darf nicht alles zugunsten anderer Projekte abwürgen.

Einzelvoten

Gisela Vollmer (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Das Stadtbad „Muubeeri“ soll zugunsten eines interkantonalen 50-Meter-Beckens geschlossen werden. Das lässt sich nicht miteinander vergleichen. Die Stadt will zwar neu regional denken. Bei einem interkantonalen Projekt wie der 50-Meter-Schwimmhalle wurden bisher noch nicht einmal die angrenzenden Gemeinden angefragt. Dabei handelt es sich um ein grösseres, regionales Projekt mit einem Einzugsbereich von Zürich bis nach Lausanne. Hinzu kommt, dass der Tourismusstandort Bern um einen wertvollen Bau ärmer werden soll. Aber auch das wurde bisher nicht entsprechend bewertet. Wir sprechen zwar laufend von einer 2000-Watt-Gesellschaft, vernichten aber gleichzeitig das besterschlossenste Bad der Schweiz. „Der Standort Gaswerkareal ist noch schlechter erschlossen als das Marzili-Bad“ heisst es dazu im 200 Seiten umfassenden Bericht zur Machbarkeitsstudie zum 50-Meterbecken. Die Erschliessung wird gerade mal auf einer halben Seite besprochen. Die Quartiere und die Fachorganisationen haben sich eigentlich für den Erhalt des „Muubeeri“ ausgesprochen. Die Bevölkerung hat bei der Unterschriftensammlung, bei welcher mehrere Tausend Unterschriften zusammengekommen sind, gezeigt, dass es sich, wie von Aline Trede erwähnt, beim „Muubeeri“ um ein emotionales Thema handelt. Zu den Kostenberechnungen ist zu sagen, dass diese wieder in Bewegung gekommen sind. Das ist aber nicht neu. Der Gemeinderat war bereits bei verschiedenen anderen Projekten offensichtlich nicht in der Lage, die Kosten richtig zu berechnen. Ich habe auch den Eindruck, dass wir, wenn man den Bericht anders liest, von 36 Mio. auf 32 Mio. Franken bzw. möglicherweise auf 24 Mio. Franken herunterkommen. Ausserdem sind wir nicht bereit, eine Kostenschätzung mit dem Hauptgewicht Baustelleninstallationen als ernsthafte Kostenschätzung anzunehmen. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass er eine Regionalplanung für eine 50-Meter-Schwimmhalle vorlegt und endlich zur Kenntnis nimmt, dass es sich um ein wichtiges Baudenkmal handelt und dass er für das „Muubeeri“ ein seriöses Nutzungskonzept für die Kostenschätzung vorlegt. Diesbezüglich sind die Quartier- und Fachorganisationen der Meinung, dass man, analog zu St. Gallen, eine etappierte Sanierung vorschlagen sollte.

Vorsitzende *Ursula Marti*: Ich bitte um etwas mehr Ruhe! Danke.

Gisela Vollmer (SP) setzt ihr Votum fort: Als Vertreter der Energiestadt Bern könnte der Gemeinderat ein anständiges Erschliessungskonzept für eine Anlage mit 400 000 Besucherinnen und Besuchern pro Jahr vorlegen. Dieses kann nicht auf einer halben Seite abgehandelt werden. Sollte sich der Gemeinderat nicht in der Lage fühlen, derartige Aufgaben zu übernehmen, könnte er die Aufgabe der Erstellung einer Kostenschätzung und eines Nutzungskonzepts dem Berner Heimatschutz übertragen. Dieser wäre gerne bereit, diese Aufgabe zu übernehmen.

Peter Wasserfallen (parteilos): Das Hallenbad Weyermannshaus ist saniert. Das Hallenbad Wyler, das Freibad Weyermannshaus und das Freibad Marzili sind nicht saniert. Das „Muubeeri“ ist nicht saniert, ebenso wenig wie das Stadttheater, der Helvetiaplatz, die Kramgasse und diverse andere Geschichten. Tatsache ist, dass wir fast kein Geld haben bzw. dieses nur für die Sanierung eines Objekts ausreicht. Das Hallenbad Hirschengraben verfügt über vier Schwimmbahnen über 25 Meter. Das Wyler-Hallenbad verfügt über fünf Bahnen über 25 Meter, ebenso das Weyermannshaus-Hallenbad. Die neu geplante Schwimmhalle soll 50 auf 25 Meter betragen und verfügt bei einer Querunterteilung über 20 Schwimmbahnen in einem Hallenbad im Vergleich zu den vier Bahnen im „Muubeeri“. Ich bin Historiker und finde den Baustil der neuen Sachlichkeit bei Industrie- und öffentlichen Bauten genial. Das Freibad Ka-

We-De und das Hallenbad Hirschengraben sind solche Gebäude. Wenn ich sehe, dass beim Schwimmklub Bern piranhaähnliche Verhältnisse herrschen, wenn er mit etwa 20 Jugendlichen auf zwei Bahnen trainiert, so dass für normale Schwimmer oder für Schulklassen nur noch eine oder zwei Bahnen zur Verfügung stehen oder diese gar nicht mehr schwimmen können, dann sinken die Nostalgie- und das „Ballenberg“-Gefühl bezüglich des „Muubeeri“-Bads für mich auf dem Nullpunkt. Weil nur ein Hallenbad finanziert werden kann – ob dies 32 Mio. Franken beim Hirschengraben oder 60 Mio. Franken für eine neue, hoffentlich im Märzli zustande kommende Schwimmhalle sein wird, zumal sich das Quartier dort nicht daran stört – gibt es dementsprechend nur einen vollen Einsatz für das 50-Meter-Bad mit den umliegenden Gemeinden. Leider wurde es von Gemeinderätin Olibet unterlassen, meinem Postulat nachzugehen und sich vorgängig mit den umliegenden Gemeinden abzusprechen. Der Könizer Gemeinderat Ueli Studer hat beispielsweise ein sehr offenes Ohr für solche Angelegenheiten. Alles andere ist rückständig, Nostalgiedenken und ewig gestrig. Wer für den Schwimmsport ist, ist klar für die neue Schwimmhalle. Wer weiss, wie es um die Finanzen der Stadt Bern steht, weiss genau, dass das Geld für den Umbau eines Hallenbads und für die Sanierung des Wyler-Hallenbads reicht. Mehr liegt nicht drin, meine Damen und Herren. Ich werde das Postulat ablehnen. **Sollte es angenommen werden, beantrage ich dieses als Prüfungsbericht anzunehmen.** Um die Zukunft und nicht irgendwelche Rückständigkeiten zu fördern, sollten Sie so abstimmen. Vielleicht kann die zukünftige Gemeinderätin Franziska Teuscher, die dieses Dossier am 1. Januar 2013 erhält, zum ersten Mal in ihrer Karriere auch aus bürgerlicher Sicht etwas Sinnvolles tun, indem sie das Hallenbad-Dossier vorwärts treibt, so dass die Schwimmhalle zustande kommt. 1997 wollte man beispielsweise ein grosses Leistungszentrum Schwimmen im Weissenstein-Quartier, an der Gemeindegrenze zwischen Bern und Köniz bauen. Dieses Projekt wurde, weil es überfrachtet war, knapp abgelehnt. Hier bietet sich die nächste Chance. Viele wird es nicht mehr geben. 50-Meter-Schwimmbäder bestehen in Lausanne und in Zürich-Oerlikon und in München, wo die Olympiade stattgefunden hat. Mit Ausnahme von Bolligen und Stettlen, die ihre Rechnungen gemacht haben und über Hallenbäder verfügen, sind in Bern wenige Hallenbadflächen verfügbar. In der Stadt Bern sind es 14 Bahnen und – mit Stettlen und Bolligen – noch zehn in einer Agglomeration mit 250 000 Personen. Wer in Zukunft für den Schwimm- und für den Breitensport ist, unterstützt eine 50-Meter-Schwimmhalle im Wissen darum, dass es garantiert kein drittes zusätzliches Hallenbad geben wird und setzt sich zudem für die Sanierung des Wyler-Hallenbads ein. Alles andere ist rückständig und unrealistisch, meine Damen und Herren.

Roland Jakob (SVP): Wir sprechen heute über Hallenbäder und über Wasser. Dabei vergessen wir, dass uns unser Gemeinderat immer sagt, wir würden mit mehr Leuten, die in der Stadt Bern wohnhaft sind, grösser werden und wachsen, weshalb man diesen etwas bieten müsse. Genau das tut der Gemeinderat hier nicht. Wenn wir tatsächlich mehr Einwohner haben wollen und auch erhalten werden, dann muss unsere Infrastruktur, auch was das Wasser anbelangt, ausgebaut und nicht auf dem momentanen Standard belassen werden. Das bedeutet einerseits mehr Wasserfläche. Andererseits müssen wir uns endlich richtig über die Nutzung der Wasserfläche unterhalten. Es braucht nicht nur Schwimmflächen, sondern auch Flächen für Leute, die nur einen kurzen „Schwumm“ nehmen oder andere Sportarten im Wasser und keinen Leistungssport betreiben. Das heisst, dass wir auch ein Angebot machen müssen für Bürgerinnen und Bürger, die das Wasser für ihre Gesundheit und Vitalität nutzen wollen. Genau dort liegt im Moment das Problem. Wir diskutieren über Wasserflächen und vergessen, dass die Nutzung diese bestimmt und nicht umgekehrt. Es wird Zeit, dass der Gemeinderat uns Fakten anhand klarer und nachvollziehbarer Zahlen auf den Tisch legt, damit wir zu den bestehenden Hallenbädern ein zusätzliches finanzieren können. Sollte das nicht ausreichen, weil in den nächsten Jahren plötzlich noch mehr Leute in der Stadt Bern wohnhaft würden,

müsste man sich wahrscheinlich über mehr Wasserfläche unterhalten. Dann wird es Zeit, dass wir nicht mehr über den Abriss oder den Unterhalt des „Muubeeri“ diskutieren, sondern über dessen Nutzung innerhalb der Wasserflächenstrategie sowie über die Nutzung des Ka-We-De-Bades und über die Frage der Nutzungen zusätzlicher Bäder der Stadt Bern. Das ist wichtiger, als sich über die paar Franken zu unterhalten, welche am Schluss nicht massgebend sind. Ich finde den Vorstoss gut. Es wird Zeit, dass uns der Gemeinderat klare Zahlen und Fakten liefert. Das bedeutet, dass wir uns im Stadtrat nicht mit einer Differenz von plus/minus 25 Prozent der Planung herumschlagen müssen, sondern nur mit einer auch für die Verwaltung realistischen Differenz von plus/minus 5-10 Prozent. Insofern bitte ich die Verwaltung, bei der nächsten Zahlenlieferung exakter zu sein und ihre Arbeit doch etwas korrekter auszuführen, als dies bisher der Fall war.

Vorsitzende *Ursula Marti*: Frau Gemeinderätin Hayoz verzichtet auf ihr Votum. Somit können wir direkt über das Postulat abstimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Er erklärt das Postulat erheblich (52 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 003*
3. Er lehnt den Antrag Wasserfallen – Stellungnahme des Gemeinderats als Prüfungsbericht – ab (18 Ja, 43 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 004*

Abstimmungsnummer: 13.12.2012-17:55 - 003

Ja-Stimmen: 52 Nein-Stimmen: 5 Enthaltungen: 2 Abwesend: 20 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Erni, Espinoza, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grossi, Gubser, Hächler, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Klauser, Künzler, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mathieu, Meyer, Oester, Pauli, Penher, Pinto, Ruch, Rüeßegger, Sancar, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Widmer, Zbinden

Nein gestimmt haben: Grosjean, Köpfli, Renner-Bach, Schneider, Wasserfallen

Der Stimme enthalten sich: Mäder, Stampfli

Abwesend sind: Ammann, Anliker-Mansour, Bietenhard, Bill, Elsener, Feuz, Fischer C, Gutzwiller, Hirsbrunner, Keller, Kohli, Krebs, Kusano, Michel, Mordini, Neeracher, Rub, Weder, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.12.2012-17:55 - 004

Ja-Stimmen: 18 Nein-Stimmen: 43 Enthaltungen: 2 Abwesend: 16 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bahnan Buechi, Espinoza, Glauser, Grosjean, Gubser, Hirsbrunner, Klauser, Kohli, Köpfli, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Renner-Bach, Schneider, Stürmer, Trachsel, Wasserfallen

Nein gestimmt haben: Bartlome, Battagliero, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grossi, Hächler, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Krebs, Lehmann, Mäder, Mathieu, Meyer, Oester, Pauli, Penher, Pinto, Ruch, Rüeßegger, Sancar, Schmidt, Schwarz, Sönmez, Stüssi, Theiler, Trede, Vollmer, von Greyerz, Widmer, Zbinden

Der Stimme enthalten sich: Schoch-Meyer, Stampfli

Abwesend sind: Ammann, Anliker-Mansour, Bietenhard, Bill, Elsener, Fischer C, Gutzwiller, Keller, Kusano, Michel, Mordini, Neeracher, Rub, Weder, Wertli, Zimmerli

- Die Diskussion zu Traktanden 6 und 7 wird zusammen geführt. -

2012.SR.000339

6 Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasem, FDP): Tram Bern West – Höhere Tarife für weniger Leistung?

2012-376 / 12/349

- Das Quorum für die Diskussion wird erreicht (40 Ja, 20 Nein). -

Interpellantin *Jacqueline Gafner Wasem* (FDP): Ich spreche als Interpellantin und zugleich für die Fraktion FDP. Ich weiss nicht, was Sie sich beim Lesen der zwei Antworten des Gemeinderats auf die zwei dringlichen Interpellationen zur Taktreduktion auf den Tramlinien 7 und 8 gedacht haben. Ich bin bisher immer davon ausgegangen, dass Mitglieder des Gemeinderats die Interessen derjenigen Leute vertreten, die ihnen den Lohn bezahlen, sprich die Interessen

der Stadtberner Bevölkerung. Inzwischen weiss ich es besser. Es ist nicht so, wie ich es ursprünglich vermutet habe, dass die Idee im Regierungsrat des Kantons Bern geboren wurde. Nein, die Leute im Westen von Bern haben es dem eigenen Gemeinderat zu verdanken, dass die Angebote auf den Tramlinien 7 und 8 reduziert werden. Diese Tramlinien wurden – wohlverstanden – im Dezember 2010 in Betrieb genommen. Beide Tramlinien verfügen, was das Fahrgastaufkommen betrifft, über ein weit überdurchschnittliches Wachstum. Es sind im Übrigen diejenigen Tramlinien, welche nach der Unterführung den eigentlichen Westen der Stadt Bern, sprich den statistischen Kreis VI erschliessen. Dieser beginnt nämlich erst dort, wo sich die Tramlinien 7 und 8 trennen. Den tatsächlich im Westen wohnhaften Leuten nützt es gar nichts, wenn die zwei Tramlinien nach der Unterführung bis zur Haltestelle Brunnadern parallel gefahren werden bzw. beide Trams auf dem gleichen Trasse unterwegs sind. Die gleiche Dame, die im heutigen Gemeinderat für das Dossier Verkehr verantwortlich ist, weibelt anderweitig seit Monaten, wenn nicht seit Jahren, für das „Tram Region Bern“. Auch dieses ist ein Projekt, welches nicht in erster Linie der Stadtbevölkerung zugute kommt, sondern die Interessen von Aussengemeinden bedient. Dieses Projekt, welches den Stadtbernern zusätzlichen Verkehr in der oberen Altstadt bringen und ein gewaltiges Loch in die Stadtkasse reissen wird, weil der Anteil der Stadt Bern – sollte das Projekt je realisiert werden – der grösste der drei Gemeinden wäre und dazu führen wird, dass ganze Alleen abgeholzt werden müssen, wird mit Sicherheit dazu führen werden, dass die öV-Kosten in der Stadt Bern weiter ansteigen. Diese werden nach bewährtem Muster – wir erleben es gerade wieder – auf die Preise aufgeschlagen, zumal es nicht anders machbar ist. Die Stadtberner Bevölkerung, welche nicht die Möglichkeit hat, spezifische Abonnemente zu lösen, sondern immer mindestens zwei Zonen lösen muss, darf dann wieder zusätzlich die ausserhalb der Gemeindegrenze wohnhafte Bevölkerung subventionieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so stelle ich es mir nicht vor, dass eine Gemeinderätin die Interessen der Stadt Bern und ihrer Bevölkerung wahrnimmt. Ich hoffe, dass, wenn es um das „Tram Region Bern“ geht – und dies wird im Westen sicher der Fall sein – sich alle Bernerinnen und Berner erinnern werden, was hier abgelaufen ist. Das Tram wurde seinerzeit nicht zuletzt mit einem 6-Minutentakt verkauft, was jetzt auch wieder beim „Tram Region Bern“ geschieht. Der 6-Minutentakt hat knapp zwei Jahre angedauert. Nun entwickelt der Gemeinderat bereits Ideen, um den öV in der Stadt Bern wieder abzubauen. Das ist absolut inakzeptabel und unverständlich.

Interpellant *Rithy Cheng* (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Antworten auf unsere Dringliche Interpellation. Wie ein Komet schlug die Nachricht ein, als wir an verschiedenen Ecken vernehmen mussten, dass die Fahrpläne der Tramlinien 7 und 8 Richtung Bümpliz und Brünnen ab dem Sommer 2013 ausgedünnt werden sollen. Die SP/JUSO-Fraktion bedauert, dass der Kanton Bern aufgrund von Steuersenkungen ab Sommer 2013 in diversen Bereichen Leistungen kürzen will. Unter anderem sollen, wie eingangs erwähnt, die Fahrpläne der Tramlinien 7 und 8 ausgedünnt werden. Der Regierungsrat hält fest, dass aufgrund dieser Sparmassnahmen voraussichtlich keine Stellen bei BERNMOBIL gestrichen werden sollen. Der Gemeinderat sieht keine Veranlassung, sich, unter Einbezug der Sozialpartner, für den Erhalt der Arbeitsstellen bei BERNMOBIL einzusetzen, da die betroffenen Stellen über natürliche Fluktuationen kompensiert werden sollen. Aus der Antwort des Gemeinderats geht jedoch nicht eindeutig hervor, ob Stellen erhalten bleiben sollen. Wir werden die Entwicklungen mit wachsamem Auge weiterverfolgen, damit keine Stellen abgebaut werden. Generell ist unklar, ob weitere Sparübungen für die zwei Tramlinien kommen werden, zumal der Gemeinderat bereits im September 2012 – also vor dem Beschluss des Regierungsrats – eine Ausdünnung des Fahrplans für die Linien 7 und 8 vorgeschlagen hat. Wie sonst sollen die Einsparungen von 2,4 Mio. Franken – vom Gemeinderat im September 2012 festgestellt – und von 100 Mio. Franken bzw. der entsprechende Anteil der

Tramlinien 7 und 8 vom Regierungsrat im November beschlossen – eingespart werden? Wer hat bei all diesen Sparübungen noch einen klaren Durchblick? Die SP/JUSO-Fraktion befürchtet, dass die Ausdünnung des Fahrplans für die Tramlinien 7 und 8 nur die Spitze des Eisbergs ist und weitere Sparmassnahmen folgen werden. Die SP/JUSO-Fraktion stellt sich die Frage, weshalb dort ausgedünnt werden soll, wo die Linien auf Gemeindegebiet enden und nicht auf den Linien, welche in Köniz, Ostermundigen, Worb oder sonstwo enden. Die Antwort ist, dass der Gemeinderat von Bern der einzige Gemeinderat im Kanton Bern ist, welcher dem Kanton eine Kürzung beim öV für 2014-2017 auf seinem Gebiet vorgeschlagen hat. Die SP/JUSO-Fraktion befürchtet, dass der Gemeinderat damit einen strategisch schwerwiegenden Fehler begangen hat. Da der Kanton ein voraussichtliches strukturelles Defizit von rund 400 Mio. Franken hat, wird dies wohl auch beim öV weitere Sparmassnahmen nach sich ziehen. Die zuständige Kommission des Grossen Rats hat keine Vertretung aus der Stadt Bern. Die SP/JUSO-Fraktion denkt, dass mit einer massiven Kürzung bei BERNMOBIL gerechnet werden muss. Anders gesagt: Die Bürgerlichen vom Land werden möglichst alle Einsparungen beim öV in der Stadt Bern machen. Welche Auswirkungen haben die Sparmassnahmen für die Menschen im Westen der Stadt Bern? Die Trams 7 und 8 verkehren heute im 6-Minutentakt und sollen neu auf einen 7,5-Minutentakt ausgedünnt werden. Der Stadtteil VI ist der bevölkerungsreichste der Gemeinde. Rund 25 Prozent aller Menschen der Stadt Bern leben im Stadtteil VI. Die Tramlinien 7 und 8 Richtung Bümpliz und Brünnen sind bereits heute, insbesondere zu Stosszeiten, sehr stark ausgelastet. Sie werden von vielen Familien, von Betagten und von körperlich eingeschränkten Fahrgästen benutzt. Mehrere Unternehmen – fünf städtische und vier private Altersheime sowie Werkstätten wie beispielsweise die Bandgenossenschaft – befinden sich im Westen von Bern. Eine Ausdünnung des Fahrplans würde dazu führen, dass noch weniger Platz für Rollstühle, Rollatoren aber auch für Kinderwagen vorhanden ist, was somit zu längeren Ausstiegs- und zu längeren Gesamtfahrzeiten führen wird. Eine Ausdünnung des Fahrplans hat letztlich eine Verschärfung der prekären Situation zur Folge. Ein grosser Teil der Bevölkerung wäre von diesem Abbau betroffen. Die SP/JUSO-Fraktion wehrt sich für die Menschen im Westen, welche nicht Millionen verdienen, aber ihre Steuern korrekt bezahlen. Die grosse Mehrheit der Berner Bevölkerung ist auf einen guten öV und auf einen guten Service public angewiesen. Die Grossratsmehrheit hat bedauerlicherweise nur die kurzfristigen Einsparungen im Blickfeld und vergisst dabei die mittel- und langfristigen Kosten, welche durch die Sparmassnahmen entstehen und welche uns noch mehr kosten werden. Die SP/JUSO-Fraktion fordert, dass der Gemeinderat rasch handelt und auf die Ausgestaltung des Fahrplans und auf die personalpolitischen Entscheidungen Einfluss nimmt. Wir sind der Meinung, dass nicht wieder auf dem Buckel der Menschen im Westen von Bern Abbaupolitik betrieben werden darf. Wir wollen einen öffentlichen Verkehr für alle anstatt nur für wenige. Die SP/JUSO-Fraktion ist mit der Antwort des Gemeinderats nicht zufrieden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Fraktionserklärungen

Robert Meyer (SD) für die Fraktion SVPplus: Kurz zur Vorgeschichte: Das Tram Bern West ist nicht einem Herzenswunsch der Bevölkerung entsprungen, sondern eher einem von anderen Leuten. Inzwischen steht das Tram. Persönlich bin ich weder ein grosser Fan noch ein Gegner des Trams. Inzwischen muss ich zugeben, dass die Trams 7 und 8 punkto Fahrkomfort sicher eine gute Sache sind. Ich möchte aber daran erinnern, dass das Tram im Westen von Bern nicht grossmehrheitlich gewünscht wurde. Man hat es – auch mit dem 6-Minutentakt – schmackhaft gemacht. Ich muss aber darauf hinweisen, dass dieser für die Fahrzeit keine Verbesserung gebracht hat, zumal es früher Direktbusse gab, welche die Haltestelle „Bethlehem Säge“ in rund sechs bis sieben Minuten erreichten. Heute fährt man dreizehn bis vier-

zehn Minuten zur gleichen Haltestelle, was eher ein Nachteil ist. Trotzdem wurde das Tram der Bevölkerung schmackhaft gemacht. Die Frage des Fahrplankontakts ist gegenüber der Bevölkerung des grössten Stadtteils sicher eine psychologische Sache. Wie gesagt, lebt ein Viertel der Stadtberner Bevölkerung in diesem Stadtteil. Das Tram wurde diesen Leuten hingestellt. Jetzt sollen sie wieder eingeschränkt werden. Meines Erachtens ist es vor allem eine Frage der Abwägung des finanziellen Einsatzes. Insgesamt wurden rund 153 Mio. Franken für das Grossprojekt „Tram Bern West“ ausgegeben. Jetzt will man sage und schreibe 400 000 „Fränkli“ pro Jahr einsparen, indem man den Fahrplan ausdünnert. Das steht für mich in keinem Verhältnis. Wenn man so viel Geld investiert hat, soll auch etwas geboten und der Takt aufrechterhalten werden. Wenn man 153 Mio. Franken durch 400 000 Franken teilt, ergibt das 425 Jahre. Die Investition würde folglich innerhalb von 425 Jahren eingespart. Für mich stehen Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis zueinander. Es gäbe durchaus noch andere Möglichkeiten. Genauso gut könnte der Fahrplan der Tramlinie 9 gekürzt werden, wenn man unbedingt kürzen will. Die bereits erwähnte doppelt geführte Strecke ist gut und recht, aber für mich kein Argument, zumal der grösste Teil der Leute in Bethlehem und in Bümpliz wohnt, so dass diese nicht von der doppelt bedienten Strecke profitieren. Die SVPplus-Fraktion sowie meine Partei, die Schweizer Demokraten, haben sich immer für die Anliegen von Bern-Bümpliz eingesetzt. Ich finde es daneben, den Anwohnern ein Tram aufzudrängen und den Taktfahrplan ein paar Jahre später auszudünnen. Wenn man irgendeine Unterkunft für Asylanten oder für die Stadtnomaden braucht, dann ist der Westen von Bern wieder gut genug. Wie gesagt, wohnt ein Viertel der Stadtbevölkerung in den Stadtteilen Bern-Bümpliz und Bern-Bethlehem. Als politischer Repräsentant ist es für mich unbefriedigend, dass derzeit nur 9 und nächstes Jahr nur noch 8 Stadträte aus dem Kreis VI vertreten sind. Das entspricht einem Zehntel des Gesamtstadtrats bei einem Viertel der Bevölkerung, welcher derzeit keinen einzigen Gemeinderat mehr hat. Das ist sehr unbefriedigend. In diesem Sinn unterstützen wir das Anliegen der beiden Interpellationen.

Philip Kohli (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Es geht um anderthalb Minuten. Da uns heute noch 45 Minuten Sitzungszeit zur Verfügung stehen, fasse ich mich kurz: Es macht „hässig“ und stösst nicht wirklich auf Verständnis, dass die ohnehin für die breite Bevölkerung schon genug hohen Preise immer steigen und zugleich Fahrten gestrichen werden. Dies der Grundsatz. Finanziell gesehen ist es sicher sinnvoll, eine Leistung ausserhalb der Stosszeiten abzubauen, um Geld zu sparen. Der Gemeinderat hat unseres Erachtens in seiner Antwort gut erklärt, weshalb das Ganze sinnvoll ist.

Stéphanie Penher (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Bei allem Ärger bezüglich dieser Taktreduktion, welche der Gemeinderat tatsächlich selber – im Rahmen einer anderen Diskussion – ins Spiel gebracht hat und welche der Kanton dankend entgegengenommen hat, muss man ihm doch zubilligen, dass er wohl taktisch geschickt vorgegangen ist. So wie die Kantonsdebatte zum Budget mit den Anträgen, welche über die Taktreduktion hinausgegangen sind, gelaufen ist, welche wir akzeptieren müssen, wäre es noch viel weiter gegangen, zumal Anträge der Bürgerlichen aus den Regionen mit der Forderung, in der Stadt Bern noch mehr zu kürzen, vorlagen. Diesbezüglich wurde gesagt: „Nein, die Stadt Bern hat bereits einen Schritt gemacht“. Insofern war das Vorgehen des Gemeinderats taktisch vielleicht geschickt. Mich ärgert es auch, dass sehr viel Geld in eine Infrastruktur investiert wird und man etwas verspricht, das zwei respektive drei Jahre später nicht mehr eingehalten wird. Das macht keinen Sinn. Es ist auch ein falsches Signal, beim öffentlichen Verkehr zu kürzen. Warum kürzt man beim öffentlichen Verkehr? Der Grund ist, dass die Bevölkerung am 23. September 2012 den Volksvorschlag zur Motorfahrzeugsteuer angenommen hat. Damit musste der Kanton kurzfristig 100 Mio. Franken einsparen. Die entsprechenden Einsparungen erfolgten durch Leis-

tungsabbau beim öffentlichen Verkehr und mit einem teilweisen Investitionsstopp bei der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern. Die bürgerliche Mehrheit hat die absehbaren Konsequenzen des bei der Motorfahrzeugsteuer-Abstimmung so getroffenen Entscheids immer in Abrede gestellt und sich nicht sehr gross für den Abstimmungskampf engagiert. Wenn jetzt eine Interpellation seitens der FDP eingereicht, antworte ich ihnen: „Sprecht mit euren Kantonsvertreterinnen und Kantonsvertretern“! Für diese Abstimmungsvorlage hätte im Vorfeld mehr gemacht werden sollen, damit sich die Leute der Konsequenzen bewusst geworden wären. Dies sind nun die bitteren Folgen der verantwortungslosen Steuerpolitik, welche die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rats führt.

Einzelvoten

Peter Wasserfallen (parteilos): Das Stimmvolk des Kantons Bern hat meiner Meinung nach die Motorfahrzeugsteuern vollkommen zu Recht massiv gesenkt. Es wurde unisono kritisiert, es würde beim öV und hier und dort gespart. Ja, meine Damen und Herren, damit sieht man, wohin das Geld der Autofahrer bisher geflossen ist, nämlich überhaupt nicht mehrheitlich in die Strassen, sondern offenbar in den öV und in andere Sachen. Diese Aussage würde ich jedenfalls als Grossrat machen, zumal wir uns im Grossratssaal befinden. Jetzt ist es in gewissen Bereichen etwas schmerzhaft, wenngleich es nicht wirklich schmerzhaft, sondern vergleichbar mit einem Schnitt in den Finger ist. Dieser stört am Anfang. Aber nach dem Aufkleben eines Pflasters vergisst man ihn. Wenn ich zu Randzeiten sechs oder siebeneinhalb Minuten warten muss, dann kann ich auf einem Handy scrollen, eine Zigarette rauchen oder den Vögeln zusehen. Es ist nur ein kleiner Einschnitt. Die Trams fahren nicht nur in den Westen. Sie fahren logischerweise auch in den Osten. Hier wird der Anschein vermittelt, als würde der Westen „gebasht“. Die Trams fahren natürlich auch in den Ostring und ins Saali. Auch in diese Richtung fahren sie natürlich weniger häufig. Aber es ist eine kleine Sache. Wenn der Bus plötzlich nicht mehr oder nur noch einmal pro Morgen nach Hinterfultigen oder nach Guttannen fährt, dann muss man, wenn man diesen verpasst, bis am Nachmittag warten oder den Weg zu Fuss oder per Anhalter bewältigen. In der Stadt Bern muss man nur anderthalb „Minütchen“ länger warten. Hier in der Stadt Bern haben wir eine richtig wohlstandsverfressene Sache. Wird irgendwo etwas Weniges gespart, ist es schon falsch. Der Gemeinderat hat wahrscheinlich nicht so gut verhandelt. Aber er ist bekannt dafür, in Aussenangelegenheiten nicht gut zu verhandeln. Deshalb wird die Hauptstadtregion wahrscheinlich eines Tages an der Stadt Bern scheitern. Das ist ein anderes Thema. Ich sage nach wie vor: Zu Randzeiten anderthalb „Minütchen“ länger zu warten, ist doch kein Skandal. Wenn es kalt ist, steckt man die Hände in die Hosentaschen und wartet anderthalb Minuten, zumal es nicht fünf Stunden sind, bis der nächste Bus in Hinterfultigen oder in Guttannen abfährt. Wir haben uns dafür ausgesprochen, weniger an die Motorfahrzeugsteuer zu bezahlen. Jetzt schmerzt es halt überall ein bisschen. Es wird auch weh tun, wenn SNB-Präsident Thomas Jordan kein Geld mehr an die Kantone überweist. Die Nationalbank muss schauen, dass der Zinssatz sowie der Franken-Euro-Kurs stabil sind. Auch die Eidgenossenschaft wird nicht mehr so viel „überschieben“. Auch die Kantone Zug und Schwyz haben jetzt schon Schweissausbrüche und können nicht mehr so viel bezahlen. Die 1,2 Mia. Franken werden plötzlich auf 900 Mio. Franken sinken. Wenn man sagt, die anderthalb Minuten seien ein Skandal, dann muss ich sagen: Schauen Sie nach Syrien oder nach Nordkorea oder zu anderen Ländern im europäischen Raum wie Griechenland, Portugal, Spanien und Italien. Diese Länder haben ganz andere Probleme wie zum Beispiel eine Jugendarbeitslosigkeit von 30 oder 50 Prozent. Dort weiss man nicht mehr, wie die Löhne bezahlt werden sollen. Wir diskutieren hier über Nachtleben, Reitschule und irgendwelche öV-Geschichten. Der einzige Vorteil des nächsten Jahres ist, dass ich nicht mehr Einwohner dieser Stadt sein werde. Man könnte meinen, wenn wir nur

solche Probleme hätten, hätten wir keine Probleme in der Schweiz. Wir haben die IV, die AHV, die Armee und andere grosse Themen wie einen verpfuschten Atomausstieg. Wir müssen jetzt mit der ganzen Geschichte aufhören.

Ich spreche hier zum letzten Mal und möchte mich an dieser Stelle herzlich bei meinem Ratskollegen Beat Gubser für die guten Gespräche bedanken sowie beim Ratssekretariat, allen voran bei Ratsweibel Nik Schnyder, bei der Telefonistin in der Wandelhalle und bei den Garderobieren, die stets für uns bereitstanden. Charles de Gaulle sagte: „J'ai perdu une bataille mais pas la guerre“ – Ich habe eine Schlacht, aber nicht den Krieg verloren. Irgendwann werde ich politisch zurückkommen und dies auf einer Ebene, wo Leute mit Verstand zugegen sind, so dass man etwas bewirken kann. Die angesprochenen Leute wissen es: Ich werde wiederkommen. „I will be back“ wie der „Terminator“. (*Heiterkeit*)

Giovanna Battagliero (SP): Auch ich spreche heute zum letzten Mal im Stadtrat mit meinen „Batman“-Flügelchen. Den „Terminator“ kann ich nicht toppen. Ich äussere mich als Neo-Grossrätin zu diesem Geschäft und erlaube mir, zu diesen beiden Interpellationen die Sicht als Grossrätin einzubringen, dahingehend, wie die Debatte abgelaufen ist. An der letzten Sitzung haben wir Dolores Dana gehört, wie sie zum Hochwasserschutz gesagt hat, dass alle Fraktionen, welche Grossratsmitglieder haben, an diese appellieren sollen, damit es gut kommt. Wir haben Jacqueline Gafner gehört, die gesagt hat: „Das Land – was dieses wieder mit der Stadt macht. So geht es nicht.“ Jetzt möchte ich aus dem Sessionsprotokoll des Grossen Rats zitieren, um aufzuzeigen, wie es von Seiten der Stadtberner Grossratsmitglieder aussieht. Wer hat dieser Massnahme, über welche wir heute sprechen, im Grossen Rat aus den Mitte- und bürgerlichen Kreisen zugestimmt? Es waren Thomas Fuchs, Adrian Haas, Vania Kohli, Mathias Tromp, Erich Hess, Philippe Müller, Tanja Sollberger und Daniel Kast. Dies sind unsere Vertreter der Stadt Bern. Wir haben gehört, dass es dem Land noch nicht erreicht hat. Man wollte, dass das Land die Sparmassnahmen im Busbereich kompensiert, zusätzlich auf unserem Tramnetz. Dies war ein Antrag von Grossrat Augsburg aus Gerzensee. Bei diesem Antrag war eigentlich klar, dass er zu weit geht und dass man die Stadt nicht zusätzlich noch einmal bestrafen kann. Auch hier habe ich mit Schrecken festgestellt, dass die Grossräte Thomas Fuchs, Erich Hess, Vania Kohli und Adrian Haas dem Antrag, welcher eine zusätzliche Bestrafung der Stadt Bern bedeutet hätte, zugestimmt haben. Mathias Tromp hat nicht für diesen Antrag gestimmt, und Philippe Müller hat sich der Stimme enthalten. So geht es nicht! Es ist wirklich ein Frust, wenn uns sogar die Stadtberner Grossrätinnen und Grossräte in den Rücken fallen. Ich kann Ihnen versprechen, mein Möglichstes zu tun, damit sich dies ein wenig ändert. Sie müssen auch alle mit Ihren Grossrätinnen und Grossräten mithelfen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich von Ihnen allen, vom Ratssekretariat und von den Medien, herzlich zu verabschieden, Ich danke Ihnen allen herzlich. Ich war während acht intensiven Jahren im Stadtrat. Ich wünsche Ihnen alles Gute für die Zukunft.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Zuerst danke ich Giovanna Battagliero dafür, dass sie Transparenz geschaffen hat, was das Stimmverhalten der auf Stadtberner Boden gewählten Grossräte und Grossrätinnen anbelangt, welche eigentlich die Interessen der Stadtbernerinnen und der Stadtberner vertreten müssten. Wenn es nach mir ginge, wäre ich ohnehin dafür, eine Art „Stadtverträglichkeitsprüfung“ für amtierende und künftige Grossratsmitglieder einzuführen. Aber mich fragt, was solche Fragen anbelangt, leider niemand. Der Grund, weshalb ich mir erlaube, das Wort nochmals zu ergreifen, ist ein anderer: Ich möchte doch bitten, Ursache und Wirkung nicht miteinander zu verwechseln. Was hier passiert ist und was der Gemeinderat der Stadt Bern alleine zu verantworten hat, hat weder mit der Abstimmung über die Motorfahrzeugsteuer noch mit den Sparmassnahmen zu tun, welche letztendlich im Grossen Rat beschlossen wurden. Ich zitiere aus der Antwort des Gemeinderats auf die Dringliche

Interpellation der Fraktion FDP. Sie finden das folgende Zitat im dritten Absatz auf Seite 2: „Im September 2012 hat der Gemeinderat zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich die Kosten für den öffentlichen Verkehr aufgrund der kantonalen Finanzplanzahlen und der periodischen Neuberechnung für den öV-Beitrag für die Jahre 2013-2014 deutlich erhöhen werden. Gegenüber dem Budget 2013 hat sich daraus ein Fehlbetrag von 2.4 Mio. Franken pro Jahr ergeben. Der Gemeinderat hat deshalb zusammen mit den Transportunternehmen Massnahmen zur Dämpfung des Wachstums der öV-Ausgaben geprüft. Dabei hat sich gezeigt, dass auf den Linien 7 und 8 ausserhalb der Spitzenzeiten auch mit einem 7.5-Minutentakt eine genügende Transportkapazität zur Verfügung gestellt werden kann.“ Hier ging es darum, das Stadtbudget 2013 und Folgejahre zu verbessern. Der Gemeinderat führt aus, er spare mit dieser Massnahme ab dem Budget 2015 650 000 Franken. Das ist hausgemacht. Hätte es die beiden Interpellationen nicht gegeben, hätte sich der Gemeinderat im Windschatten der vom Kanton beschlossenen Sparmassnahmen in eine Schutzhaltung begeben können. Hinz und Kunz und die ganze Stadtbevölkerung hätte dann über den Regierungsrat und über den Grossen Rat geflücht. So ist es nicht, liebe Leute. Es ist hausgemacht. Wer gemeinderatsintern dafür verantwortlich ist, wissen wir alle.

Direktorin TVS *Regula Rytz*: Zuerst möchte ich Stadträtin Jacqueline Gafner darin erinnern, dass sowohl der alte und als auch der neue Gemeinderat aus fünf Mitgliedern besteht. Wir entscheiden üblicherweise im Kollektiv. Ich verrate wohl kein Geheimnis, wenn ich hier sage, dass der zur Diskussion stehende Entscheid sehr breit abgestützt war. Dies war aus einem Grund der Fall, nämlich weil sich die Taktausdünnung ausschliesslich auf die Randzeiten, also von 9.00 Uhr morgens bis 15.00 Uhr nachmittags, beschränkt. Für den Gemeinderat war klar, dass weitere Kürzungen nicht verantwortungsvoll sind und dass der öffentliche Verkehr auf keinen Fall zu den Hauptverkehrszeiten ausgedünnt werden kann. Der Gemeinderat hat sich in der gleichen Diskussion ebenfalls dagegen ausgesprochen, eine Taktausdünnung der Tramlinie 3 Richtung Weissenbühl vorzunehmen. Dort ging es, wie beim Fischermätteli, darum, den 10-Minutentakt einzuführen, was aus unserer Sicht im städtischen Raum klar zu wenig ist. Im Weissenbühl ist die Situation anders, weshalb wir uns gewehrt haben. Ich danke Peter Wasserfallen für den Hinweis, wonach es sich bei den Tramlinien 7 und 8 um Durchmesserlinien handelt, welche nicht nur im Westen der Stadt verkehren, sondern auch im Osten. Die Folgen der Taktausdünnung zu den Randzeiten sind dort die gleichen. Giovanna Battagliero danke ich sehr für den Hinweis auf die Diskussion im Grossen Rat und vor allem auch auf die auf uns zukommenden Risiken. Der Kanton wird weitere Sparpakete schnüren. Diesbezüglich ist klar, dass wir uns als Stadtbernerinnen und Stadtberner geschlossen dafür einsetzen müssen, weitere Sparmassnahmen im Bereich des öV, aber auch im Bereich der Sozialpolitik, zu bekämpfen, damit der wirtschaftliche und kulturelle Motor des Kantons nicht weiter geschwächt wird. Dies wird für den neuen Gemeinderat und auch für den Stadtrat eine grosse Herausforderung sein.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion FDP ist mit der Antwort nicht zufrieden.

2012.SR.000316

7 Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Rithy Chheng, SP): Abbaupolitik und Leistungskürzungen auf Kosten der Menschen im Westen Berns?

2012-343 / 12/350

- Das Quorum für die Diskussion wird erreicht (31 Ja, 20 Nein). -

Diskussion siehe Traktandum 6.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion SP/JUSO ist mit der Antwort nicht zufrieden.

2012.SR.000340

8 Dringliche Interpellation Alexander Feuz und Mario Imhof (FDP): Sperrung der Tellstrasse – Provisorien und Providurien – Verkehrsfragen? Verkehrssicherheit und St. Florian – Was für einen Wert haben Zusagen des rotgrün dominierten Gemeinderates?

2012-377 / 12/351

- Das Quorum für die Diskussion wird nicht erreicht (19 Ja, 41 Nein). -

Interpellant *Alexander Feuz* (FDP): Ich bedaure, dass die Diskussion nicht geführt werden kann. Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort. Ich kann es kurz machen: Ich bin damit nicht zufrieden. Ich lasse mir nicht gerne einen Bären aufbinden. Ich habe die Protokolle der Plattform gelesen. Dort wird gesagt, die CSL Behring sei nicht betroffen. In Wirklichkeit steht im Protokoll, dass die CSL Behring nicht direkt betroffen ist. Es ist vielleicht bezeichnend, dass die CSL Behring eine Beschwerde gegen die Verkehrsmassnahmen eingereicht hat, was klar zeigt, dass man mit dieser Sache nicht zufrieden ist. Für mich ist es eine Ungehörigkeit, gewisse Sachen bei einem Mitwirkungsverfahren vorzuziehen, ohne zu schauen, wie sich die neuen Verkehrsströme nach der Neuregelung auf die Quartiere auswirken werden. Ich befürchte, dass wir in den Quartieren einen „Schleichverkehr“ haben werden. Es wurde nicht einmal ein Verkehrsversuch durchgeführt. Wir werden die gleiche Situation haben wie bei der Morgenstrasse, wo die Leute grosse Umwege machen. Es wird zu kritischen Situationen innerhalb der Quartiere kommen. Ich kann das Vorgehen in Sachen Halenstrasse nur in aller Deutlichkeit verurteilen. Man wirft mir manchmal vor, ich reiche zur gleichen Sache verschiedene, ähnliche Vorstösse ein. Wenn ein Fall vorliegt, wo etwas entgegen einem Protokoll geschrieben wird und schwarz auf weiss verkauft werden soll, dann kann man nur klar Nein dazu sagen. Jetzt ist bald Weihnachten und der St. Nikolaustag ist vorbei. Wäre ich der Nikolaus, würde ich dem Gemeinderat gerne eine Rute geben.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellanten sind mit der Antwort nicht zufrieden.

2012.SR.000343

9 Kleine Anfrage Fraktion SVPplus (Roland Jakob/Manfred Blaser, SVP): Ideologische Vorstellung in Verkehrsfragen oder weshalb wird die Tellstrasse nicht wieder für den Privat- wie Gewerbeverkehr durchgehend geöffnet?!

2012-380 / 12/352

Die Direktorin TVS *Regula Rytz* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: In allgemeiner Hinsicht verweist der Gemeinderat auf seine Antwort vom 5. Dezember 2012 auf die Dringliche Interpellation Alexander Feuz und Mario Imhof (FDP): Sperrung der Tellstrasse – Provisorien und Providurien – Verkehrsfragen? Verkehrssicherheit und St. Florian – Was für einen Wert haben Zusagen des rotgrün dominierten Gemeinderates?

„Um das Quartier vor Ausweichverkehr während der Bauzeit des neuen Wankdorfplatzes zu schützen, ist die Tellstrasse seit Juli 2009 auf der Höhe Tellplatz für den motorisierten Verkehr gesperrt. Das Fahrverbot für Motorfahrzeuge wurde mit einer Befristung bis Dezember 2012 publiziert, also bis zum geplanten Bauende beim Wankdorfplatz.

Die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün hat die Durchfahrtsperre bei der Tellstrasse in den Entwurf des Teilverkehrsplans für den motorisierten Individualverkehr im Stadtteil 5 (TVP MIV 5) aufgenommen, welcher von September bis Dezember 2011 in der öffentliche Mitwirkung war. Die Mitwirkung ist noch nicht vollständig ausgewertet; hinsichtlich der Sperrung der Tellstrasse liegen jedoch gefestigte Resultate vor: Eine Mehrheit der Mitwirkenden – darunter die Delegierten der Quartierkommission DIALOG Nordquartier – sprach sich für eine Beibehaltung der Sperre aus.

Nach dem Abschluss der Bauarbeiten beim Wankdorfplatz hätte die Sperre der Tellstrasse gemäss der ursprünglichen Publikation per Ende Dezember 2012 wieder entfernt werden müssen; dies hat der Kanton mit Schreiben vom 27. August 2012 bestätigt. Um ein unnötiges Hin und Her (Sperre – Öffnung – Sperre) zu verhindern, hat der Gemeinderat – im Sinne der Mitwirkungsergebnisse – beschlossen, noch vor Ende 2012 eine definitive Sperrung anzustreben bzw. zu publizieren.“

Vor diesem Hintergrund beantwortet der Gemeinderat die einzelnen Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Stadt führt keine Statistik, die diese Frage beantworten könnte.

Zu Frage 2: Dem Gemeinderat lagen bei seinem Entscheid die detaillierten Eingaben und Argumente pro und contra Sperrung Tellstrasse aus der öffentlichen Mitwirkung vor; die Mehrheit hat sich für die Beibehaltung der Sperrung ausgesprochen. Die vorzeitig ausgelöste definitive Sperrung verhindert ein unnötiges Hin und Her (Sperre - Öffnung - Sperre) und schafft Klarheit.

Zu Frage 3: Der Gemeinderat hat sich nicht „im Vorfeld positioniert“, sondern in Kenntnis sämtlicher Mitwirkungseingaben entschieden. Zudem besteht die Möglichkeit, sich gegen die publizierte Sperre mittels Beschwerde zur Wehr zu setzen.

Zu Frage 4: Im Vordergrund stehen die guten Erfahrungen während der baubedingten Sperrung, die in Zukunft weiter geführt werden sollen: Das Quartier konnte vor negativen Auswirkungen des Motorfahrzeugverkehrs geschützt werden. Die von der Gegnerschaft bemängelte Quartiererschliessung ist nach wie vor gewährleistet. Dies gilt auch für ansässige Gewerbebetriebe, welche teilweise zwar leichte Umwege hinnehmen müssen. Diese sind jedoch kleinräumig und angesichts des damit erzielten Schutzes der Wohnbevölkerung vertretbar.

Roland Jakob (SVP): Aufgrund dieser Antwort kann nur ein Fazit gezogen werden: Ab jetzt muss man immer, wenn ein Bauvorhaben ansteht und Strassen für eine gewisse Zeit gesperrt werden sollen, sofort dagegen angehen. Das Bauvorhaben wird in der Folge sehr lange ver-

schleppt. Es kann nicht sein, dass man immer wieder belogen und dass alles schöngeredet wird. Das Gewerbe braucht einen Verkehrsfluss und Strassen, welche funktionieren. Das Gewerbe braucht keine Gemeinderätinnen oder Gemeinderäte, die mittels irgendwelcher Machenschaften und Unwahrheiten versuchen, die Dinge auf ideologischer Ebene so zu drehen, dass sie am Schluss wieder von der Bevölkerung akzeptiert sind und es zu keinen Einsparungen kommt. In diesem Sinn gebe ich ehrlich zu, dass ich mit der Antwort nicht zufrieden bin.

Direktorin TVS *Regula Rytz*: Ich muss diese Vorwürfe klar zurückweisen. Hier besteht kein Zusammenhang mit den üblichen Bausperren. Wir haben beispielsweise einmal den Bahnhofplatz gesperrt und wieder geöffnet und viele andere Strassen im Rahmen von Baumleitungen gesperrt und dann wieder den normalen Zustand herbeigeführt. Bei der Tellstrasse handelt es sich um einen grossen Ausnahmefall, welcher im Zusammenhang mit der Verkehrsplanung öffentlich diskutiert wurde. Wir können diese provisorische Sperrung nicht aufrechterhalten, sondern müssen ein ordentliches Verfahren durchführen, was wir jetzt tun. Dagegen können sich alle, die nicht einverstanden sind, zur Wehr setzen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

- Die Traktanden 10 und 11 werden gemeinsam behandelt. -

2011.SR.000290 SUE: Nause

10 Motion Fraktion SVPplus (Roland Jakob, SVP): Demokratisches Recht umsetzen! Wegweisung bei unbewilligten Demonstrationen in der Stadt Bern im KgR verankern!

11.000314 / 12/128

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 4. April 2012

Motionär *Roland Jakob* (SVP): Weshalb haben wir diese Motion lanciert? Wie Sie wissen, wird sich der Gemeinderat nie und nimmer für geltendes Recht einsetzen. Er wird sich nie und nimmer klar gegen die Reitschule und gegen Leute, die in der Stadt Bern verummmt demonstrieren, stellen. Deshalb haben wir keinen anderen Weg gesehen, als mit dieser Motion zu versuchen, dem geltenden Recht etwas mehr Stärke zu verleihen und damit uns allen mehr Sicherheit in der Stadt Bern zu geben. Der Gemeinderat ist nicht gewillt, Sicherheit zu gewährleisten. Er versteckt sich hinter Gummiartikeln, die er so auslegt, wie es ihm gefällt. In seiner Antwort führt er eine „Wischiwaschi“-Taktik und sagt nichts, was irgendwie für mehr Sicherheit stehen würde. Die SVPplus-Fraktion ist über solche Antworten enttäuscht. Es geht darum, Sicherheit zu gewährleisten, nachdem man am 8. Oktober 2011 anlässlich einer Demonstration festgestellt hat, dass von verummmten Personen sogar Taten gegen Leib und Leben begangen werden. Nachdem sich der Gemeinderat damals spät und sehr spärlich dagegen geäussert hat, zeigt er auch hier wieder, dass er nicht gewillt ist, die Sicherheit in der Stadt Bern in irgendeiner Form zu fördern und zu gewährleisten. Die Idee ist, den Wegweisungsartikel auf Gemeindeebene so zu formulieren, wie er auf Kantonebene bereits besteht, so dass man eine Handhabe hat und nicht zuwarten muss, bis der Gemeinderat sein Einverständnis gibt, bis der für die Demonstration zuständige Polizeimann handeln darf. Der Gemeinderat versteckt sich immer wieder hinter dem Hinweis, dass die Polizei zuständig sei.

Will diese aktiv werden, verhindert er es. Das ist eines Gemeinderats hier und heute nicht mehr würdig. Ich hoffe, dass die Neuzusammensetzung eine Verbesserung bringen wird. Für uns ist klar, dass wir bei den beiden im Rahmen der Motion diskutierten Punkte an einem festhalten werden, nämlich an Punkt 1, wonach wir den Wegweisungsartikel analog zum Polizeigesetz im Kundgebungsreglement verankert haben möchten. Über Punkt 2 der Motion – über die Frage des Geldes – kann man mit uns sprechen. Wir ziehen diesen zurück, weil wir die Logik der Antwort des Gemeinderats erkennen. Punkt 1 der Motion erhalten wir aufrecht. Nochmals: Über die Sicherheit kann der Gemeinderat entscheiden. Diese soll für die Allgemeinheit gewährleistet werden. Das ist nicht der Fall. Wir wollen mehr Sicherheit in der Stadt Bern. Wir wollen keine verummten Demonstranten mehr, welche als Publikumsartikel in die Welt hinausgeschrien werden, unter dem Motto, „Wir sind nicht nur eine Sport- und Kulturstadt, sondern auch noch eine Demo-Stadt für Vermummte“. Wenn es so weitergehen soll, gibt es diverse Leute, die der Stadt Bern irgendwann den Rücken kehren werden und sich irgendwo niederlassen, wo sie in Sicherheit leben dürfen.

In der zweiten Motion geht es eigentlich um das Gleiche: Es geht darum, dass wir im Kundgebungsreglement einen Artikel einfordern, welcher uns Sicherheit gibt. Diese wurde uns ebenfalls verwehrt. Wir sehen nicht, weshalb das Volk in der Stadt Bern unter Repressalien verummter Personen leiden soll, die sich nicht outen können, sich verstecken, aber das Geld der Stadt Bern sehr gerne annehmen, um ihre ideologischen Kulturen weiter zu züchten. Wie gesagt, ist für uns klar, dass der Gemeinderat weder fähig noch gewillt ist, etwas zu unternehmen. Wahrscheinlich hat er sich die Kompetenz abgesprochen, in der Stadt Bern Sicherheit zu gewährleisten. Deshalb bitte ich Sie, das kantonale Recht umzusetzen und den Wegweisungsartikel im stadtbernischen Recht zu verankern. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Judith Renner-Bach (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Die BDP/CVP-Fraktion distanziert sich ausdrücklich von der Wortwahl in der Motion vom 20. Oktober 2011. Es geht weder um Fanatismus noch um krankhaftes Verhalten, sondern um den Umgang mit unbewilligten Kundgebungen, welche im Übrigen, lieber Roland Jakob, auch vom Gemeinderat abgelehnt werden. Zur Wegweisungsmotion: Der Hinweis des Gemeinderats auf das übergeordnete Recht ist richtig. Die Verankerung der Wegweisung im Kundgebungsreglement bringt für den Umgang mit unbewilligten Kundgebungen nichts. Denn diese Zwangsmassnahme ist bereits im Polizeigesetz geregelt. Wegweisungsberechtigt ist die Polizei, welche nach kantonalem Recht, unter Berücksichtigung der Grundrechte, verhältnismässig handeln muss – und dies ohne die Zustimmung des Gemeinderats. Zu den verlangten Bussen äussere ich mich nicht, zumal dieser Punkt zurückgezogen wurde. Zur Fernhaltungsmotion: Hier gilt, was die Wegweisung angeht, das Gleiche. Die entsprechende Regelung findet sich zusammen mit der Wegweisung im Polizeigesetz. Deshalb benötigen wir deren Aufnahme im Kundgebungsreglement nicht. Ich bin auch für die Umsetzung des Polizeigesetzes, jedoch ohne dafür zusätzliche Regelungen ins Kundgebungsreglement aufzunehmen.

Direktor SUE *Reto Nause*: Der Gemeinderat ist auch den demokratischen Grundregeln verpflichtet. Ich möchte Sie daran erinnern, dass das Berner Stimmvolk über einen Entfernungsklausel abgestimmt hat, welchen der Gemeinderat damals zur Annahme empfohlen hat. Das Volk hat anders entschieden. Es ist richtig, die Diskussion nicht ein Dreivierteljahr nach der Abstimmung wieder vom Zaun zu brechen, um etwas zu ändern, was das Berner Stimmvolk abgelehnt hat. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, lieber Roland Jakob, dass wir in den vergangenen vier Jahren eine „demotechnisch“ einigermaßen gute Situation gehabt haben und die Kundgebungen im Einzelfall und einzelfallgerecht managen konnten, so dass es in der Stadt Bern nicht zu gröberen Sachbeschädigungen gekommen ist.

Motionär *Roland Jakob* (SVP): Es ist nicht wahr, dass man es mit den Demonstranten im Griff hat. Im Oktober 2011 wurden mehrere Personen an Leib und Leben bedroht und angegriffen. Es wurde nichts – aber auch gar nichts – unternommen, um die Sicherheit der Leute, insbesondere auch von mir, sicherzustellen. Insofern kann man nicht im Nachhinein erzählen, es sei überhaupt nichts passiert und man hätte alles im Griff gehabt. Ein Angriff gegen Leib und Leben, liebe Leute, ist ein im Gesetz klar geregelter Straftatbestand, welcher auch geahndet werden muss. Das ist, obwohl Anzeigen erstattet wurden, bis heute nicht geschehen. Eine entsprechende Antwort der Polizei fehlt bis heute. Der Gemeinderat hat sich erst nach sehr langer Zeit und nur halbherzig dazu geäußert. Man sollte sich nicht mit Blumen schmücken, wenn es eigentlich Dornen sein sollten.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Fraktion SVPplus zieht Punkt 2 der Motion zurück.
3. Der Stadtrat lehnt Punkt 1 der Motion ab (18 Ja, 46 Nein). *Abst.Nr. 008*

Abstimmungsnummer: 13.12.2012-18:46 - 008

Ja-Stimmen: 18 Nein-Stimmen: 46 Enthaltungen: 0 Abwesend: 15 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Meyer, Pauli, Rub, Rügsegger, Schmidt

Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Buechi, Battagliero, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer R, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Klauser, Kohli, Köpfli, Krebs, Künzler, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Zbinden

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bartlome, Bietenhard, Bill, Fischer C, Keller, Kusano, Mathieu, Michel, Neeracher, Wasserfallen, Weder, Wertli, Widmer, Zimmerli

2012.SR.000139

11 Motion Fraktion SVPplus (Rudolf Friedli, SVP): Die Zeit ist reif für einen Entfernungsartikel im Kundgebungsreglement! Strafe für Teilnehmende an unbewilligten Demonstrationen!

12.000154 / 12/319

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 24. Oktober 2012

Diskussion siehe Traktandum Nr. 10.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab (17 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 009*

Abstimmungsnummer: 13.12.2012-18:47 - 009

Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 45 Enthaltungen: 1 Abwesend: 16 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Meyer, Pauli, Rub, Rügsegger

Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Buechi, Battagliero, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer R, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Klauser, Kohli, Köpfli, Krebs, Künzler, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Zbinden

Der Stimme enthalten sich: Schmidt

Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bartlome, Bietenhard, Bill, Fischer C, Gutzwiller, Keller, Kusano, Mathieu, Michel, Neeracher, Wasserfallen, Weder, Wertli, Widmer, Zimmerli

2012.SR.000028

12 Motion Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Rahel Ruch, JA!): Überrasener Polizeiinsatz gegen Anti-WEF-Demo vom 21.01.2012 muss von einer unabhängigen Stelle untersucht werden!

12.000033 / 12/209

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 4. Juli 2012

Motionär *Hasim Sancar* (GB): Wir haben diese Motion dringlich eingereicht. Leider hat das Stadtratsbüro die Dringlichkeit nicht angenommen. Nach diesem „sachlichen Entscheid“ ist ein Jahr vergangen, bis wir vom Gemeinderat eine Antwort erhalten haben. Es liegt vielleicht nicht gerade auf der Hand, eine externe Untersuchung ein Jahr nach dem Ereignis in Auftrag zu geben. Das ist uns bewusst. Wir halten aber trotzdem an der Motion fest und werden die gleichen Forderungen wieder stellen, wenn wir Unrechtmässigkeiten erkennen.

Die Antwort des Gemeinderates auf unsere Fragen ist höchst fragwürdig. So erwähnt er zum Beispiel, dass keine Anzeige gegen die Polizei wegen unnötiger Gewaltanwendung eingegangen ist. Damit entzieht er sich der Verantwortung. Es erstaunt nicht, dass es nicht zu solchen Anzeigen kommt. Vielmehr sollte man sich die Frage stellen, was die früheren Anzeigen gebracht haben. Es ist eher ein Zeichen eines Vertrauensverlusts in die Stadt und in die Polizei. Leider scheint der Gemeinderat dieses wichtige Phänomen nicht wahrzunehmen, oder er geht schlicht darüber hinweg. Als Stadträte hätten wir solche Behauptungen wohl kaum gemacht, wenn wir nicht selbst beobachtet und gesehen hätten, was abgelaufen war. Bekanntlich nützen ja nicht einmal Videoaufnahmen, wenn sie nicht von der Polizei selber gemacht worden sind. Auf die Frage 6 antwortet der Gemeinderat, dass der Pfeffersprayeinsatz im Zusammenhang mit randalierenden Personen in einem Festhalteraum erfolgt sei mit dem Ziel, die Festgenommenen zu schützen. Die Begründung dieser rechtlich fragwürdigen Aktion ist schlimmer als das Vorgehen selber. Ich traue meinen Augen nicht, wenn ich das lese. Der Gemeinderat rechtfertigt so gewissermassen ein unerlaubtes Vorgehen der Polizei in einem Festhalteraum. Dies nebst dem, dass der Gemeinderat die Pfeffersprays, die bei den Demonstranten vorgefunden worden seien, als illegales Material einstuft. Ob dieses Vorgehen der Polizei rechtlich zulässig ist, bleibt unbeantwortet. So kann die Polizei auch andere Methoden anwenden und einen Grund dafür finden, ohne in einen Erklärungsnotstand zu geraten. Wir sollten nicht vergessen, dass wir der Polizei das Gewaltmonopol zugesprochen haben. Selbstverständlich darf dieses aber nur im rechtlichen Rahmen umgesetzt werden. Gerne hätte ich vom Gemeinderat gewusst, welchen rechtlichen Rahmen er für diesen nicht akzeptablen und juristisch zweifelhaften Einsatz von Pfefferspray vorsieht. Was würde Amnesty International dazu sagen? Vielleicht rechnen wir diesbezüglich im Grossen Rat ab!

Solche Beispiele zeigen, dass in diesem Fall eine externe Untersuchung für alle hier im Rat, aber vor allem auch aus rechtsstaatlichen Gründen, nötig und sinnvoll wäre. Ich bitte Sie, der Motion zuzustimmen, sogar dann, wenn der Gemeinderat nichts unternehmen wird.

Fraktionserklärungen

Judith Renner-Bach (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Für die BDP/CVP-Fraktion ist diese Motion Schnee von gestern. Eine unabhängige Untersuchung nach bald einem Jahr ist aus unserer Sicht kaum mehr möglich und mit Blick auf die ausführliche Antwort des Gemeinderats auch nicht nötig. Nehmen wir diese zur Kenntnis und reagieren wir, wenn wir nicht ein-

verstanden sind, direkt auf zukünftige Vorfälle, ohne den Versuch, eine Untersuchung mittels einer ein Jahr später behandelten Motionen einzuleiten. Eine solche würde Geld kosten, welches wir nicht haben. Deshalb lehnen wir die Motion ab.

Silvia Schoch-Meyer (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Auch der SP/JUSO-Fraktion ist klar, dass viel Zeit vergangen ist. Man hat es mit einer dringlichen Motion versucht, für welche die Dringlichkeit nicht gewährt wurde. Das Thema ist zu wichtig, um es als Schnee von gestern zu taxieren und es dabei zu belassen. Wir haben vorhin über die Entfernungspflicht gesprochen. An dieser Demo hat man klar gesehen, dass es diese nicht braucht, zumal man sich gar nicht entfernen konnte. Die Leute wurden von Anfang an umgehend eingekesselt – sei es bei der Heiliggeistkirche oder beim Bollwerk. Ich habe es mit eigenen Augen gesehen, gehöre also zu jenen, die selber beobachtend vor Ort waren, weil ich mir ein eigenes Bild machen wollte. Das Vorgehen der Polizei – vor allem unter dem Baldachin bei der Heiliggeistkirche – mutete befremdlich an, zumal die Leute keinen sehr gefährlichen Eindruck machten; sie waren weder bewaffnet noch verummmt. Sie wurden aber sofort eingekesselt und kontrolliert. Das hat nicht nur bei mir für ein Kopfschütteln gesorgt. Bei allem Verständnis für den Auftrag der Polizei und für den Schutz von Dritten wurde in diesem Fall von Anfang an mit zu grosser Kelle angerichtet. Natürlich haben die im Vorfeld stattgefundenen Gewaltaufrufe und die Tatsache, dass die Demo unbewilligt war, auch ihren Teil dazu beigetragen. Es gab aber durchaus Leute, die friedlich protestieren wollten. Dennoch ist es fraglich, weshalb die Demo von Anfang an im Keim erstickt wurde. Deshalb verstehen wir das Anliegen der Motion und wir möchten darüber sprechen, weil der Einsatz nicht verhältnismässig war und viele Fragen aufwirft. Wenn man die Befürchtung haben muss, dass die Grundrechte verletzt wurden und selber entsprechende Beobachtungen gemacht hat, dann rechtfertigt das allein eine Untersuchung. Selbst wenn sich jemand falsch verhält, geht es nicht an, dass wir an den Grundrechten ritzen. Wir sind für den friedlichen Protest und verurteilen jegliche Gewalt. Wir anerkennen die schwierige Aufgabe der Polizei, verurteilen aber Einsätze, deren Verhältnismässigkeit wir bezweifeln. Wir verurteilen, dass gewisse Entscheidungsträger nicht genug Grösse haben, um sich einer Kontrolle zu stellen. Dies nehmen wir so wahr. Wir wollen eine unabhängige Stelle, an welche man sich mit einer Beschwerde wenden kann. Die Polizei- und Militärdirektion ist nicht unabhängig. Das Anliegen ist uns sehr wichtig, so dass wir uns weiterhin dafür einsetzen werden. Wir sind über den Bericht des Gemeinderats etwas enttäuscht. Wir hätten etwas kritischere Töne erwartet. Wir haben den Bericht so zur Kenntnis genommen. Selbstverständlich sind wir uns bewusst, dass die Untersuchung zeitlich zu weit weg ist. Wir würden es begrüessen, wenn vor allem in Zukunft, in einem nächsten Fall – es wird eine nächste Demo geben, zumal die nächste Anti-WEF-Demo vor der Türe steht – genauer hingesehen und versucht wird, entsprechende Vorfälle zu untersuchen und sich weiter für eine unabhängige Beschwerdeinstanz einzusetzen. In diesem Sinn werden wir der Motion, um ein Zeichen zu setzen, zustimmen, auch wenn wir wissen, dass die Stadt an und für sich nicht zuständig ist.

Robert Meyer (SD) für die Fraktion SVPplus: Es handelt sich wieder um einen typischen Vorstoss, welcher nicht stufengerecht ist. Weil die Polizei kantonalisiert ist, handelt es sich um eine Kantonsangelegenheit. Der Motionär Hasim Sancar wird als Grossrat die Gelegenheit haben, sein Anliegen einzubringen. Der Stadtrat ist der falsche Ort. Auch wenn ich das Grundrecht zu demonstrieren durchaus achte, findet eine völlige Umkehrung der Tatsachen statt. Wie aus der Antwort des Gemeinderats hervorgeht, wurde die Lage von der Polizei und vom Gemeinderat richtig eingeschätzt. Zuerst liess man rund hundert nicht verummmt und nicht störende, sich ruhig verhaltende Leute bis auf eine Personenkontrolle gewähren. Erst als 150 verummmt, gewaltbereite Leute aus der Reitschule kamen, wurde eingegriffen. Diese Reaktion war angemessen. In diesem Vorstoss werden die Tatsachen völlig verwischt und

falsch dargestellt. Ich finde es bedenklich, wenn man liest: „Ein überdimensioniertes Polizeiaufgebot von einigen hundert Sicherheitskräften versetzte die Bevölkerung in Angst.“ Die Polizei versetzt mich nicht in Angst. Sie beruhigt mich, wenn die Gefahr von Landfriedensbruch besteht. Deshalb war die Reaktion angemessen. Der Vorstoss steht völlig quer in der Landschaft.

Abschliessend möchte ich die Gelegenheit nutzen, um mich nach vier Jahren im Stadtrat von Ihnen zu verabschieden. Ich wünsche Ihnen viel Spass bei der Behandlung weiterer guter, sinnvoller, aber vielleicht auch seltsamer und weniger sinnvoller Motionen, wie der vorliegenden.

Bernhard Eicher (JF) für die Fraktion FDP: Dieses Thema betrifft den Grossen Rat. Er ist die Aufsichtsbehörde der Polizei. Bitte respektieren Sie das und bemühen Sie uns nicht immer mit „Wasserträger-Vorstössen“. Damit halten wir uns gegenseitig nur auf.

Einzelvotum

Roland Jakob (SVP): Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, einerseits auf den von Hasim Sancar erwähnten Pfeffersprayeinsatz der Polizei. Ich möchte auch gerne eine Untersuchung über die Rechtmässigkeit, wenn die Reitschule Pfeffersprays einsetzt. Das werden Sie wahrscheinlich nicht gerne hören. Was andererseits die von der SP geforderte unabhängige Stelle anbelangt, so glaube ich, dass Frau Regula Mader wieder frei ist und Zeit hätte, diese Aufgabe zu übernehmen. Es wäre möglich, sie für eine solche Stelle einzusetzen, zumal sie sehr neutral ist.

Direktor SUE *Reto Nause*: Es ist eine Diskussion, wie sie immer wieder stattfindet. Bei den Traktanden 10 und 11 waren wir offenbar zu weich. Bei diesem Traktandum waren wir offensichtlich zu hart. Ich muss den Schluss ziehen, dass wir es unter dem Strich nicht allzu schlecht machen. Denjenigen, die den Polizeieinsatz kritisieren, muss ich klar sagen, dass dieser verhältnismässig und demokratisch legitimiert war. Wir haben im Gemeinderat über die Kundgebung gesprochen und uns zu diesem Vorgehen durchgerungen. Silvia Schoch, Sie standen am falschen Ort. Auch ich habe mit eigenen Augen gesehen, was passiert ist. Ich stand aber nicht bei der Heiliggeistkirche, sondern beim Bollwerk, als der Demozug aus der Reitschule herauskam und Petarden abfeuerte. Dieser Zug hatte ein Auto mit Pfefferspray und Vermummungsmaterial in rauen Mengen dabei. Die dort vorgenommenen Anhaltungen haben eins zu eins aufgezeigt, dass die richtigen Leute angehalten wurden und dass in diesem Zug das Gewaltpotential absolut vorhanden war. Es waren auch Zürcher Aktivisten dabei, die in der Stadt Bern eindeutig nur eines tun wollten, nämlich Zoff machen. Vor diesem Hintergrund denke ich, dass die Polizei richtig und verhältnismässig agiert und einen guten Einsatz geleistet hat. Ich bitte Sie inständig, die Motion abzulehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab (26 Ja, 34 Nein, 6 Enthaltungen). *Abst.Nr. 010*

Abstimmungsnummer: 13.12.2012-19:02 - 010

Ja-Stimmen: 26 Nein-Stimmen: 34 Enthaltungen: 6 Abwesend: 13 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Battagliero, Chheng, Fischer R, Gasser, Göttin, Grossi, Hächler, Jordi, Krebs, Lehmann, Mathieu, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trede, Vollmer, Zbinden

Nein gestimmt haben: Bahnan Buechi, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Kohli, Künzler, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegeegger, Schmidt, Schneider, Stürmer, Trachsel, Wasserfallen

Der Stimme enthalten sich: Ammann, Espinoza, Grosjean, Köppli, Lanfranchi, von Greyerz

Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bartlome, Bietenhard, Bill, Fischer C, Keller, Kusano, Michel, Neeracher, Weder, Wertli, Widmer, Zimmerli

Vorsitzende *Ursula Marti*: Ich begrüsse herzlich den zum Abschluss der Legislatur vollständig erschienenen Gemeinderat. Das freut uns sehr. Ich habe zu Beginn der Sitzung einen Rückblick auf das Jahr gehalten und dabei auch dem Gemeinderat gedankt. Diesen Dank möchte ich, weil Sie jetzt alle anwesend sind, wiederholen. Ich danke Ihnen allen sehr herzlich für Ihren grossen Einsatz während des ganzen Jahres und während der ganzen Legislatur und für die engagierte und in den allermeisten Fällen konstruktive Zusammenarbeit. Wir machen uns – als Stadtrat und als Gemeinderat – das Leben nicht immer nur einfach. Schlussendlich wollen beide Räte immer das Beste für die Stadt Bern. Den drei abtretenden Gemeinderätinnen wünsche ich alles Gute für ihre Zeit nach dem Regierungsamt.

Der Stadtrat hat alle Traktanden zu Ende beraten.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Übernahmeversuch der Alpar durch die Skywork
2. Interfraktionelle Motion SP/JUSO, BDP/CVP, GLP, GB/JA! (Thomas Göttin, SP/Marti Mäder, BDP/Béatrice Wertli, CVP/Daniel Imthurn, GLP/Esther Oester, GB): Anforderungsgerechte Finanzierung der anerkannten Quartierorganisationen
3. Interfraktionelle Motion GB/JA!, BDP/CVP (Judith Gasser, GB/Marti Schneider, BDP): Schulwegsicherheit im Westen von Bern: Kein Durchgangs-(schwer-)verkehr beim Stathalter-Schulhaus
4. Motion Fraktion BDP/CVP (Martin Mäder, BDP/Béatrice Wertli, CVP): Aufhebung und Rückbau Verbindungsstrasse Schlosstrasse-Könizstrasse (Bypass) für einen Loryplatz als vollwertigen Quartierplatz
5. Motion Robert Meyer (SD): Gegen die Feminisierung unserer Schulen – Einführung einer Zielquote von 50% männliche Lehrkräfte
6. Postulat Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasem, FDP): Bericht über den Saldo der direkten und indirekten Finanzströme zwischen Stadt und Kanton Bern

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 19.05 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Ursula Marti*

Die Protokollführerin: *Eva Schmid*